

der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 3/2016



Umbau der Stasiunterlagen-Behörde

Separate Leistungen für Zivildeportierte

Interniert in Karelien

Aktuell

- 3 Umbau-Pläne in der Kritik
Härtefallfonds
Verstärkte Beratung
Auszeichnung
Kommentar

Recht

- 4 Regelbedarfsstufen 2016
Hinweis
Separate Leistungen
OLG Naumburg präzisiert Rechtsprechung zu Heimkindern

International

- 5 Thailand und Laos in Pekings Sog
Proteste gegen chinesischen Präsidenten in Prag
Ehemalige Wolkutaner kondolieren
Gefährliche Bücher

Interview

- 6 Orientierung am historischen Ort
- 7 Dokumentiert

Thema

- 8 Interniert in Karelien

Berichte

- 12 Behörde mit hohem Symbolgehalt
- 13 Bundestag beriet über Rentenunrecht

Verbände

- 14 Bautzen-Forum 2016
Bautzen-Treffen 2016
Abschied
- 15 Einladung
Spendenaufwurf
- 16 Gedenken in Fünfeichen
Gedenkveranstaltung in Malchow

Service/Bücher

- 17 Verborgene Wunden
Buchmesse
- 18 Abgeschafft!
Abrechnung mit der DDR
- 19 Deckname „Schuft“

Service/Veranstaltungen

17–19

Umschlagbild

Die Registratur des Ministeriums für Staatssicherheit – bisher gehörte sie zum Bestand der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Zu Plänen über den Umbau dieser Behörde mehr auf den Seiten 3, 6, 7 und 12.

Foto: N. Radlitz

Editorial

Kein Zweifel

Von Horst Schüler

Senioren-Treff. Einige von uns sind hoch in den Achtzigern, andere bereits im folgenden Jahrzehnt. Fragt einer die Runde: „Woran denkt ihr eigentlich meist? An das, was gestern war? Oder an das, was morgen sein wird?“ Und alle sind sich einig: Die Vergangenheit beherrscht ihre Gedanken, die Zukunft kaum. Nächste Frage: Die Gegenwart? „Das ist nicht mehr meine Welt“, meint einer, „ich verstehe sie nicht mehr.“ Und auch dem stimmen alle sofort zu.

Ich bin mir ziemlich sicher, daß die meisten einstigen politischen Häftlinge bei einer Umfrage ähnlich antworten würden. Der größte Teil unseres Lebens liegt hinter uns, viele unserer Kameradinnen und Kameraden sind bereits den Weg gegangen, den wir alle einmal gehen müssen. Der Schwerpunkt unseres Denkens jedenfalls liegt in der Vergangenheit. Als wir uns damals gegen Diktatur und Unfreiheit wandten, hatten wir alle unsere Vorstellungen von einer demokratischen Gesellschaft, in der wir leben wollten. Und in den stillen Stunden, wenn wir uns heute fragen, ob sich denn diese Vorstellungen erfüllt haben, dann werden die Antworten wohl auch von mancherlei Enttäuschung geprägt sein und unterschiedlich ausfallen.

Und da wollen wir uns auch gar nichts vormachen – es ist für uns Alte in der Tat verdammt schwer, diese unsere heutige Welt zu verstehen und zu akzeptieren. Freiheit wird in ihr oftmals mit Zügellosigkeit verwechselt; Demokratie bedeutet für manche, gegen alles und jeden demonstrieren zu dürfen, wobei dann auch mal Schaufenster eingeschlagen und Autos in Brand gesetzt werden; Polizisten heißen „Bullenschweine“ und gehören angegriffen; Soldaten lassen sich besser in manchen Regionen nicht uniformiert sehen; Lehrern wird nicht der Respekt gezollt, der früher selbstverständlich war; in Krankenhäusern mangelt es an Personal; im Justizwesen nehmen einige die Resozialisierung der Täter wichtiger als das Leid der Opfer; was mancher an Rente bekommt, ist skandalös, und auf dem kulturellen Sektor tummeln sich Rapper wie „Kollegah“, der beim österlichen Auftritt

in Hamburg sein Publikum auffordert, „den Finger in alle Frauen zu stecken“, die Mutter zu f... beziehungsweise die Schwester „zu knallen“. Und du erinnerst dich bitter daran, daß Deutschland einst das Land der Dichter und Denker geheißen wurde.

Wir leben in einer Gesellschaft, in der es üblich geworden ist, daß die Menschen nicht mehr von Angesicht zu Angesicht miteinander kommunizieren, sondern über Facebook mittels digitaler Technik, die immer unheimlicher unser Leben bestimmt. Wir erfahren, daß nicht mehr die Deutsche Bundesbank unsere Finanzpolitik bestimmt, sondern die EZB (Europäische Zentralbank) – sehr zum Nachteil Deutschlands, vor allem der deutschen Sparer. Und die uns führenden Politiker?

631 sitzen allein im Bundestag. Aber finden sie sich im Feld der immer dringlicher werdenden Krisen eigentlich selbst noch zurecht? Vor wenigen Jahren haben sie z.B. die Wehrpflicht abgeschafft, schien damals richtig, erweist sich heute jedoch als Fehler, ihn einzugestehen aber wagen sie nicht. Wir würden gern wissen, wohin sie uns lenken – in ein alles bestimmendes Europa oder in ein Europa verbündeter Nationalstaaten? Die Bundeskanzlerin weiß es, aber sie schweigt.

Und dennoch! Nichts wäre verkehrter, als angesichts aller Schwierigkeiten das demokratische System in Frage zu stellen. Wir haben in Deutschland zwei Diktaturen erlebt, deren schreckliche Menschenverachtung niemals vergessen werden darf. Besonders wir, die wir politischen Terror bitter erfahren und durchlitten haben, wir stehen mehr als andere in der Pflicht, diesen demokratischen Staat zu verteidigen. Denn bei allen Verwirrungen, denen er unterliegt, ist es dennoch ein guter Staat, der freieste in unserer langen Geschichte. Es wäre geradezu eine Verhöhnung unseres eigenen Lebens, wollten wir an ihm den geringsten Zweifel aufkommen lassen. Ich habe in diesem Beitrag über manches geschrieben, was viele von uns ärgert. Ärger – mehr ist es nicht. Keineswegs Zweifel.


Umbau-Pläne in der Kritik

(tsp) Noch bevor der Bericht der Expertenkommission zur Zukunft der Stasiunterlagen-Behörde offiziell übergeben wurde, meldeten mehrere davon Betroffene Kritik an. Nach den bereits bekanntgewordenen Empfehlungen soll es z.B. nur noch eine BStU-Außenstelle pro Bundesland geben. In Brandenburg und Berlin würde dies nichts ändern. „In Thüringen, Sachsen oder Mecklenburg-Vorpommern würden aber zwei Drittel der Außenstellen geschlossen“, sagte Lutz Rathenow, Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen

in Sachsen, dem Evangelischen Pressedienst. Dies sei eine Benachteiligung von Regionen, die besonders unter den Repressionen des DDR-Regimes gelitten hätten.


Sachsen-Anhalts Landesbeauftragte Birgit Neumann-Becker forderte, daß der Zugang zu den Stasi-Akten und die Auskunftsmöglichkeiten keinesfalls eingeschränkt werden dürften. Nötig sei vor allem, die Akten in guter Qualität und schneller als bisher zugänglich

zu machen. Die Pläne, nur noch eine Außenstelle pro Bundesland bestehen zu lassen, bezeichnete sie als schwierig wegen der längeren Anfahrtswege für viele Besucher.

Ebenfalls kritisch äußerte sich der Direktor der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Hubertus Knabe. Seine Einrichtung soll offenbar in eine zu schaffende Stiftung „Diktatur und Widerstand. Forum für Demokratie und Menschenrechte“ überführt werden. „Das riecht schon sehr nach einer feindlichen Übernahme“, sagte Knabe der Zeitung Die Welt. 

Härtefallfonds für in der SBZ/DDR politisch Verfolgte mit Wohnsitz im Land Brandenburg

Auch 2016 können politisch Verfolgte aus dem Land Brandenburg, die rehabilitiert sind und sich in einer besonderen Notlage befinden, in der kein staatliches Unterstützungssystem zur Verfügung steht, einen Antrag auf eine einmalige und zweckgebundene Hilfe aus dem Härtefallfonds stellen. Insgesamt stehen in diesem Jahr 30 000 Euro zur Verfü-


gung. Über die eingehenden Anträge befindet der Beirat des Härtefallfonds. Ein rechtlicher Anspruch auf die Gewährung der einmaligen Hilfe besteht nicht. Kontakt: LAKD Brandenburg, Carola Schulze, Hegelallee 3, 14467 Potsdam, Tel.: 03 31- 23 72 92 27, Fax: 03 31- 23 72 9229, E-Mail: carola.schulze@lakd.brandenburg.de 

Auszeichnung

(rs) Die Vorsitzende der Initiativgruppe Buchenwald 1945-1950 e.V., Heidrun Brauer, hat am 15. März aus den Händen des Thüringer Ministerpräsidenten in der Staatskanzlei Erfurt das Verdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland erhalten. Sie wurde für die historische Aufarbeitung des sowjetischen Speziallagers in Buchenwald geehrt. Heidrun Brauer organisiert z.B. Projektstage, an denen sich teilweise bis zu 100 Schülern mit der Geschichte des „Lagers nach dem Lager“ auseinandersetzen und mit Zeitzeugen ins Gespräch kommen.

Verstärkte Beratung

(ksta) Sachsen-Anhalts Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Birgit Neumann-Becker, startet eine Beratungsinitiative für SED-Verfolgte. Neben den regelmäßigen Sprechzeiten in Magdeburg und Halle werde sie bis November dieses Jahres an 41 Orten im Land Beratungstermine anbieten. Drei bis vier Termine je Landkreis

seien geplant, in den kreisfreien Städten seien es ein bis zwei. Zusätzlich würden in Dessau-Roßlau, Stendal, Naumburg, Eisleben und Wernigerode monatliche Sprechstunden angeboten. Dieses Angebot richte sich an ein Klientel, das intensiver Betreuung bedürfe, aber nicht nach Magdeburg kommen könne. 

Zu den ersten Gratulanten gehörten Prof. Dr. Volkhard Knigge, Direktor der Gedenkstätte Buchenwald, Dr. Julia Landau, Kustodin für den Bereich Speziallager Nr. 2, Dr. Peter Küppers und Rolf Staudte, ehemalige Häftlinge im sowjetischen Speziallager Buchenwald.

Herzlichen Glückwunsch! 

Kommentar

Diktatur und Humor

Wer sich mit Diktatur beschäftigt, egal welcher ideologischen Richtung, ob kommunistisch, nationalsozialistisch oder islamisch, der stößt sehr schnell auf politische Witze. Je massiver die Unterdrückung, um so härter die Witze, doch gleichzeitig wächst auch die Brutalität der Herrschenden, die vorwiegend ihre Geheimdienste agieren lassen, um solche Meinungsäußerungen zu unterdrücken. In der Endzeit der NS-Diktatur wurden politische Witze sogar mit dem Tode bestraft.

Nach 1945 gab es eine kurze Zeit in der SBZ, in der sogar politische Kabarets zugelassen waren, doch die „Machtfrage“ durfte natürlich nicht gestellt werden. Nach Gründung der DDR verarmte das politische Kabarett, bis auf wenige Ausnahmen, zur politischen SED-Agitation und zum Kampf gegen die „westdeutschen Imperialisten“. Einige Kabarettisten, die sich zu weit vorwagten mit politischen Kritik-Versuchen, wurden schnell diszipliniert und auch verhaftet.

In der Bundesrepublik Deutschland gab es von Anfang an politisches Kabarett, mit großer Schärfe, welches via Fernsehen auch in der DDR empfangen wurde. Doch die moralinsauren SED-Machthaber schlugen auch da hart zu, Einzug von TV-Geräten und Verhaftungen waren die Folge für die Menschen, die solche Sendungen und politischen Witze weiter erzählten.

Ist das heute nur noch graue Historie? Leider nicht, denn in islamisch regierten Ländern, wie Saudi Arabien, Iran und Pakistan kann jeder Witz über die islamische Staatsideologie zur Hinrichtung führen. Diese Diktaturen sind keinen Deut besser als Nord-Korea, über das ein deutscher Diplomat, der dort jahrelang tätig war, sagte: Ein Land ohne Lachen. Was für eine grausige Vorstellung, zu leben ohne diese zutiefst menschliche Äußerung. Bewahren wir unseren Humor, die Satire und sorgen wir damit für den Erhalt der Freiheit.

Anton Odenthal

Regelbedarfsstufen 2016

Mit der Anpassung der Regelbedarfsstufe 1 auf 404 Euro und der Regelbedarfsstufe 2 auf 364 Euro für das Jahr 2016 verändern sich die Einkommensgrenzen, die maßgeblich sind für die Bemessung der Leistungen nach dem Strafrechtlichen

Hinweis

(st) Wie in Ausgabe 2/2016, Seite 4, erläutert, können Witwen, Witwer und hinterbliebene Lebenspartner politisch Rehabilitierter, die an Schädigungen oder deren Folgen verstorben sind, welche sie in der Haft o.ä. erlitten haben, eine monatliche Grundrente in Höhe von 417 Euro erhalten.

Diese Grundrente ist **bei den Versorgungsämtern** zu beantragen, **nicht** aber bei der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge in Bonn.

Rehabilitierungsgesetz – der Opferrente, der Ausgleichszahlungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz und Leistungen der Grundsicherung. Für Betroffene, die die volle Opferrente in Höhe von monatlich 300 Euro und monatliche Ausgleichsleistungen in Höhe von 214 Euro bzw. 153 Euro als Rentner erhalten, spielt die Anpassung keine Rolle.

Probleme traten bei der Angleichung der Leistungen bei jenen auf, die bisher nur den Differenzbetrag erhielten, weil die für den Erhalt der Leistungen maßgebliche Bemessungsgrenze überschritten war. In diesen Fällen sollte überprüft werden, ob die Leistungen angepaßt bzw. eine Nachzahlung ab Januar 2016 erfolgt ist.

Bei den Grundsicherungsleistungen erhöht sich der Betrag bei Alleinstehenden um monatlich 5 Euro, bei Verheirateten um 4 Euro.

Elke Weise, Juristin
BSV-Förderverein für Beratungen

„Die Bernauer Straße nach dem Mauerbau“

Unter diesem Titel bietet das Dokumentationszentrum Berliner Mauer jeden Sonntag um 15.00 Uhr eine öffentliche Führung an. Die Führung dauert ca. eine Stunde und kostet drei Euro pro Person. Treffpunkt im neuen Besucherzentrum, Bernauer Str. 119/Ecke Gartenstraße (direkt gegenüber dem S-Bahnhof Nordbahnhof), 13355 Berlin

Separate Leistungen

Offensichtlich haben die in Ausgabe 6/2015 und 1/2016 jeweils auf Seite 4 veröffentlichten Artikel zur geplanten Änderung des Häftlingshilfegesetzes (HHG) im Jahre 2016 und zur Entschädigung deutscher Zwangsarbeiter verschiedentlich zu Irritationen bei den Lesern geführt.

Deshalb an dieser Stelle einige Anmerkungen zu diesen Regelungen, die jede für sich einen selbstständigen Charakter haben, was allerdings nicht unbedingt ausschließt, daß Empfänger der einmaligen Abschlußzahlung nach dem HHG gleichzeitig Anspruch auf die sogenannte Zwangsarbeiterentschädigung haben.

Noch einmal zur Erinnerung: Betroffen von der Änderung des HHG sind ausschließlich Personen, die nach dem Zweiten Weltkrieg außerhalb der SBZ/DDR in Gewahrsam genommen wurden und Leistungen nach § 18 HHG beziehen. Dazu gehören besonders die sogenannten Zivildeportierten (Personen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und polnischen Lagern), Rumäniendeutsche sowie Rußlanddeutsche, die in das Deutsche Reich zwangsumgesiedelt bzw. evakuiert wurden oder geflohen waren und nach Rußland zurückverschleppt wurden. Ausdrücklich nicht betroffen sind diejenigen Personen, die auf dem Gebiet der SBZ/DDR in Gewahrsam geraten sind oder in Haft waren. Diese erhalten weiterhin Leistungen der Stiftung nach § 18 des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes, auch wenn sie „nur“ im Besitz einer Bescheinigung nach § 10 (4) HHG sind, die weiterhin ihre Gültigkeit behält.

Die geplante Abschlußzahlung kann in Abhängigkeit von der Anzahl der

sachlich begründeten Anträge bis zu 3000,00 Euro betragen. Für die Antragstellung behalten die bisherigen Antragsformulare der Stiftung ihre Gültigkeit. Sie können in unserer Geschäftsstelle oder bei der Stiftung in Bonn angefordert werden.

Unbedingt zu beachten ist, daß der Stichtag für das Ende der Antragstellung grundsätzlich der **30.06.1916** ist.

Für die Entschädigungsleistungen deutscher Zwangsarbeiter kommen die Personen in Betracht, die als Zivilpersonen aufgrund ihrer deutschen Staats- oder Volkszugehörigkeit durch fremde Staatsgewalt im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg Zwangsarbeit leisten mußten, das heißt entschädigt wird der Personenkreis, der im Zusammenhang mit geleisteter Zwangsarbeit steht, unabhängig davon, ob es sich um ehemalige politische Häftlinge handelt oder nicht.

Gesicherte Informationen zu dem Personenkreis im einzelnen und über die Höhe der Entschädigungsleistungen gibt es bisher noch nicht.

Die Richtlinie für die Anerkennungsleistung an ehemalige deutsche Zwangsarbeiter wird gegenwärtig beim Bundesinnenministerium erarbeitet. Diese soll (mit den Antragsmodalitäten) dem Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages noch vor der Sommerpause zur Billigung vorgelegt werden, damit die für das Jahr 2016 bereitgestellten 20 Millionen auch zur Auszahlung kommen können.

Elke Weise

OLG Naumburg präzisiert Rechtsprechung zu Heimkindern

„Die Einweisung in ein Spezialkinderheim ist in der Regel unverhältnismäßig, wenn der Betroffene sich nicht gemeingefährlich verhalten oder erhebliche Straftaten begangen hatte.“

So lautet der Leitsatz eines Beschlusses vom 3.12.2015 des Oberlandesgerichts Naumburg (2Ws(Reh)45/15).

Zudem stellt das Gericht fest, daß eine Einweisung dann sachfremden Zwecken

gedient haben kann, wenn die Unterbringung bei einem anderen aufnahmebereiten Familienmitglied (z.B. den Großeltern) von den DDR-Jugendhilfebehörden nicht in Erwägung gezogen wurde.

Diese Entscheidung führt zwar nicht zu der automatischen Rehabilitierung aller Betroffenen, kann aber als stichhaltige Argumentation herangezogen werden.

Benjamin Baumgart, Jurist

Thailand und Laos in Pekings Sog

Für Flüchtende aus Nord-Korea oder systemkritische Chinesen stellen auf ihren oft Jahre dauernden Fluchtwegen die südostasiatischen Länder lange Zeit die erste sichere Anlaufstelle dar, um von dort aus nach Seoul oder in die USA und Kanada zu gelangen. Waren dabei Thailand und Laos die beliebtesten Nahziele, so hat sich dies während der letzten Jahre in verstärktem Maße geändert. Entweder Druck oder wirtschaftliches Entgegenkommen durch Peking veranlaßte beide Länder zu dieser „Haltung“.

Seit Mai 2013 liefert Laos trotz aller Proteste der dortigen südkoreanischen

Botschaft gnadenlos alle Geflohenen aus der „Demokratischen Volksrepublik Korea“ an die Volksrepublik China aus – im vollen Bewußtsein, daß Peking diese den Behörden Pjöngjangs übergibt, wo schwerste Bestrafungen auf sie warten. Ebenso weist Vientiane alle Dissidenten und Anhänger der in China verbotenen Religionsgemeinschaft Falun Gong zurück.

Vor zwei Jahren begann auch Thailand, seine Tore für Geflohene aus jenen beiden Diktaturen zu schließen. Das gilt indes nicht für die große Anzahl von

Flüchtlingen aus Pakistan oder anderen Staaten. Großes Aufsehen erregte letztes Jahr die Abschiebung von 109 Uiguren aus Sinkiang an die Pekinger Geheimpolizei. Gegenwärtig dürften sich 160 Falun-Gong-Mitglieder in Bangkok Lager befinden, denen ebenfalls Asyl verweigert wird und die nach China zurückgeschickt werden dürften.

Das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR ist macht- und kraftlos. Seine wenigen Angestellten hatten Ende März insgesamt rund 7000 Flüchtlingsanträge zu bearbeiten.

Friedrich-Wilhelm Schломann


Proteste gegen chinesischen Präsidenten in Prag

(sda) Begleitet von Protesten pro-tibetischer Demonstranten hatte am 28. März ein 48stündiger Besuch des chinesischen Präsidenten Xi Jinping in Tschechien begonnen. An der Straße zum Flughafen lieferten sich die Demonstranten Handgreiflichkeiten mit Anhängern Pekings. Die Polizei nahm zwölf Beteiligte fest. Der Besuch Xi Jinpings entsprach dem Wunsch des tschechischen Präsidenten Milos Zeman nach einem „Neubeginn“ in den Beziehungen. Zeman rechnet nach eigenen Angaben mit chinesischen Investitionen in einer Größenordnung von 1,6 Milliarden Euro.

Die Demonstranten zogen ein riesiges Bild des Dalai Lama mit dem früheren Präsidenten Václav Havel auf, der sich als Vorreiter der Menschenrechte mit dem geistlichen Oberhaupt der Tibeter solidarisiert hatte. Im Hilton-Hotel im Zentrum von Prag wurde der chinesische Präsident dagegen von 150 meist chinesischen Anhängern empfangen, die chinesische Flaggen schwenkten.

In der Vergangenheit seien Tschechiens Beziehungen zur Volksrepublik China sehr schlecht gewesen, sagte Zeman.

Dies sei dem „Druck der USA und der EU“ geschuldet. Inzwischen sei es Tschechien aber gelungen, als „unabhängiges Land“ seine Außenpolitik wieder „auf der Grundlage eigener Interessen“ zu formulieren.

Xi Jinping besuchte als erstes chinesisches Staatsoberhaupt Tschechien. Im vergangenen September hatte Zeman als einziger europäischer Staatschef an einer Militärparade in Peking teilgenommen, mit der der Kapitulation Japans am Ende des Zweiten Weltkrieges gedacht wurde. 

Ehemalige Workutaner kondolieren

Beim schwersten russischen Grubenunglück seit Jahren starben 30 Kumpel und 6 Rettungskräfte in Workuta. Das Unglück ereignete sich am 25. Februar 2016. Ehemalige deutsche politische Häftlinge, „Bergleute“ von „WORKUTLAG“ und „RETSCHLAG“, schickten ein Kondolenzschreiben an den Bürgermeister der Stadt Workuta. Die Unterzeichner kamen nach Stalins Tod am 5. März 1953 dank der Hilfe des damaligen Bundeskanzlers Konrad Adenauer Ende 1955 frei.


„Geehrte, liebe Angehörige, Freunde und Kollegen der Opfer des Unglücks und alle trauernden Workutaner,

wir unterzeichneten ehemaligen deutschen Polithäftlinge, „Bergleute“ von ‚WORKUTLAG‘ und ‚RETSCHLAG‘, in den vierziger und fünfziger Jahren leiden mit und bedauern die Opfer der Havarie, die


in der ‚Nordgrube‘ geschah – unserem berühmten ‚Streikschacht‘ Nr. 29 des Jahres 1953!

Wir erinnern uns noch gut und vergessen die vergleichbaren Fälle nicht, die damals in fast allen Gruben vorfielen!

Aber wir versichern euch: Laßt den Mut nicht sinken! Bleibt aufrecht!“

Dr. med. Gerald Joram, Gummersbach; Theodor Desens, Gummersbach; Prof. em. Dr. Dr. hc. Werner Gumpel, Gilching; Horst Schüler, Hamburg; Horst Wöhe, Hamburg; Generalarzt a. D. Dr. Horst Hennig, Köln; Roland Bude, Swisttal; Prof. Dr. Siegfried Jenker, Hannover; Heini Fritsche, Bonn; Dr. med. Kurt Zinke, Schöffengrund; Ernst E. Wirth, Köln; Dr. Peter Eberle, CH Linthal; Dr. Peer H. Lange, Thaining; Hans Sohn, Stuttgart 

Gefährliche Bücher

(drk) Die Menschenrechtsorganisation „Memorial“ zeigt in einer Ausstellung in Moskau Geschichtsbücher zum Zweiten Weltkrieg. So stehen sich Sichtweisen aus Rußland, Litauen, Polen, Deutschland, Italien und Tschechien gegenüber. Dies ist offensichtlich, trotz eingestandener Selbstzensur, kein einfaches Unterfangen und zeigt sich z. B. daran, daß selbst diese vorsichtige Herangehensweise das russische Staatsfernsehen noch provozierte. Den Zuschauern wurde die Ausstellung als „ein weiterer Versuch“ vorgestellt, „die Geschichte umzuschreiben“. Es wurde zudem daran erinnert, daß „Memorial“ zu den „feindlichen Agenten“ gehöre, die viel Geld aus dem Ausland erhielten. Europa betreibe in Moskau „nackte Propaganda“. 

Orientierung am historischen Ort

Ein Gespräch mit Dr. Anna Kaminsky, Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

stacheldraht: Die Expertenkommission, die Vorschläge zur Zukunft der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, BStU, machen soll, hat jetzt, Ende März, ihren Bericht noch nicht veröffentlicht. Aber dpa liegen die Eckpunkte vor. In der Resolution der UOKG zur Zukunft der BStU wird vom „Mißtrauen der Opfer“ wegen der intransparenten

sein. Ich gehe davon aus, daß alle ggf. betroffenen Institutionen angehört wurden, um sich ein Bild machen zu können.

stacheldraht: Wird sich die Bundesstiftung Aufarbeitung an dieser Diskussion beteiligen?

Kaminsky: Wir werden uns natürlich mit einbringen, mit unseren Erfahrungen, aber auch mit unserer Einschätzung, was die Empfehlungen der Kommission für die Aufarbeitung insgesamt, aber auch für unsere Stiftung bedeuten.

stacheldraht: Für eine Bundesstiftung zur Aufarbeitung haben die Opferverbände jahrelang gekämpft. Jetzt soll eine Stiftung „Diktatur und Widerstand. Forum für Demokratie und Menschenrechte“ gegründet werden. Halten Sie das für zweckmäßig?

Kaminsky: Die Stiftungsform als Verwaltungsstruktur für eine eigenständige Einrichtung am historischen Ort ist sinnvoll. Ich halte es aber für verfehlt, ihr einen Namen zu geben, aus dem nicht hervor geht, worum es hier geht: Um die Staatsicherheit als *das* Repressionsinstrument der kommunistischen Diktatur. Dieser Ort muß seiner historischen Bedeutung entsprechend in der Öffentlichkeit verankert werden. Im Kern geht es darum, am historischen Ort ein Dokumentations-, Informations-, Bildungs- und Kompetenzzentrum zum Thema „Staatsicherheit und Repression“ einzurichten. Hier sollte man nicht der Versuchung erliegen, aus einem Ort der Repression im nachhinein einen Ort der Demokratie zu machen.

stacheldraht: Verschiedene Medien haben berichtet, es werde empfohlen, die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen in die geplante neue Stiftung zu überführen.

Kaminsky: Hohenschönhausen ist weithin bekannt und erfolgreich, auch international. Ich kann keinen Sinn darin erkennen, die Gedenkstätte in ein „Forum Demokratie und Menschenrechte“ zu integrieren. Das scheint mir wie ein Versuch, Aufarbeitung zu zentralisieren. Zudem ist die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen eine Landesstiftung. Neben den grundsätzlichen Vorbehalten gegen eine weitere Zentralisierung von

Aufarbeitung frage ich mich, wie soll das strukturell gelöst werden? Außerdem: Der Aufbau einer Einrichtung am historischen Ort mit umfangreichen Bildungs-, Ausstellungs- und Veranstaltungsprogrammen wird schon kompliziert genug. Das dann auch noch mit einer Strukturweiterung zu verbinden, scheint mir keine gute Überlegung zu sein.

stacheldraht: Haben Sie den Eindruck, die Bundesstiftung Aufarbeitung solle ausgebaut werden?

Kaminsky: Das kann ich mir nicht vorstellen. Die Mitglieder der Kommission kennen die Arbeit und den gesetzlichen Auftrag unserer Bundesstiftung sehr gut. Sie kennen auch unsere finanziellen Probleme. Sie wissen, daß wir durch die niedrigen Zinsen erheblich weniger Geld für die Projektförderung zur Verfügung haben, was die von uns geförderten Projekte bitter merken. Dieses Problem muß dringend gelöst werden. Im Koalitionsvertrag von CDU und SPD wurde vereinbart, daß unsere finanzielle Situation stabilisiert werden muß, um die Förderung der dezentralen und vielfältigen Projekte sicherstellen zu können. Derzeit hilft uns der Bundestag immer wieder mit Sondermitteln aus der Bredouille.

stacheldraht: Im Gegensatz zur Bundesstiftung Aufarbeitung wird die neue Stiftung wahrscheinlich ohne Kapital arbeiten, das heißt, sie braucht einen Haushaltstitel. Auf der anderen Seite gibt es für Ihre Stiftung zum Ausgleich für die Einbußen durch Niedrigzinsen nur die Hälfte der benötigten Mittel, und sicher nicht aus bösem Willen. Wie soll also eine neue Stiftung nur aus dem Haushalt finanziert werden?

Kaminsky: Ich gehe davon aus, daß sich die Mitglieder der Kommission darüber natürlich auch Gedanken gemacht haben.

stacheldraht: Wie stellen Sie sich anhand der bisher von den Medien veröffentlichten Empfehlungen die Zukunft der Aufarbeitung vor?

Kaminsky: Es ist seit langem Konsens, daß die Stasi-Unterlagen zugänglich und geöffnet bleiben müssen und der Opferschutz oberste Priorität hat. Der zweite



Foto: N. Radlitz

Anna Kaminsky: Deutschland wird im Ausland für die Vielfalt der Aufarbeitung bewundert.

Kommissionsarbeit gesprochen. Hat sich die Intransparenz auch auf die Bundesstiftung Aufarbeitung bezogen?

Kaminsky: Die Kommission arbeitet seit Herbst 2014 und hat Anhörungen mit verschiedenen Institutionen durchgeführt, u.a. auch mit unserer Bundesstiftung. Wir sind gefragt worden, was wir perspektivisch in der Aufarbeitung für wichtig und erforderlich halten. Rainer Wagner, der vormalige Vorsitzende der UOKG, war Mitglied der Kommission. Dieter Dombrowski war kürzlich für die Opferverbände dort.

stacheldraht: Die Arbeit der Kommission ist damit aber noch nicht transparent.

Kaminsky: Ich halte es für normal, daß so eine Kommission nicht jeden Zwischenschritt öffentlich diskutieren kann. Sonst würde sie in zehn Jahren noch nicht fertig

bisher bekannt gewordene Vorschlag ist die Einrichtung eines Dokumentations-, Bildungs- und Informationszentrums am historischen Ort. Auch das halte ich für sinnvoll. Aber man muß sehen, wie es konkret gestaltet werden soll. Den offenbar geplanten Namen dieser Einrichtung halte ich für verfehlt. Aus meiner Sicht ist es sehr wichtig, den Charakter dieses Ortes nicht zu verschleiern. Hier wurde die flächendeckende Überwachung der Bevölkerung geplant, hier wurde das Spitzelnetz konzipiert, betreut und ausgebaut, hier liefen alle geheimdienstlichen Fäden aus der gesamten DDR und auch international übergreifend aus dem Ostblock zusammen. Dies deutlich zu machen, ist doch schon eine große Herausforderung. Ich finde wichtig, daß durch neue Strukturen we-

der eine Zentralisierung noch Personalisierung von Aufarbeitung befördert wird. Wir brauchen Aufarbeitung nicht nur in Berlin, sondern vor allem in der Fläche. Deutschland wird im Ausland vor allem für die Vielfalt der Aufarbeitung und die dezentralen Einrichtungen bewundert. Dafür braucht es Projektmittel, und zwar mehr als derzeit zur Verfügung stehen. Wir setzen uns seit langem dafür ein, daß die UOKG endlich mit einer hauptamtlichen Geschäftsstelle und einem hauptamtlichen Präsidenten in die Lage versetzt wird, die Interessen der Opfer in der Öffentlichkeit und im politischen Raum wirkungsvoll zu vertreten. Die Opfervertreter und Opferverbände wissen aus ihrem täglichen Erleben, welche Forderungen, welche offenen Fragen für die Opfer geklärt werden müssen.

stacheldraht: Was halten Sie von der Empfehlung, einen Bundesbeauftragten für die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur zu schaffen?

Kaminsky: Wir brauchen eine dezentrale, in der Gesellschaft verankerte Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur. Was wir nicht brauchen, sind Doppelstrukturen oder eine Zentralisierung und Personalisierung der Aufarbeitung. Den Initiativen, die sich auf diesem Feld überall in Deutschland engagieren, fehlt es an allen Ecken und Enden an Geld, auch weil unsere Stiftung nicht über die erforderlichen Fördermittel verfügt.

stacheldraht: Vielen Dank, Frau Dr. Kaminsky. 

Dokumentiert

Resolution der UOKG zur Zukunft der BStU

Die kommissarische Beauftragung des Leiters der BStU, Roland Jahn, und seine in Aussicht genommene Wiederwahl, nachdem dann ohne ihn alle Grundsatzentscheidungen getroffen sind, sind nach Auffassung der Union der Opferverbände der kommunistischen Gewaltherrschaft (UOKG) und all ihrer Mitglieder ein Schlag ins Gesicht der Stasiopfer. Der Bundesbeauftragte wird damit faktisch von einer Mitsprache im Interesse seines Amtes, seines gesetzlichen Auftrages und der ihm zugewachsenen politischen Verantwortung ausgeschlossen. Die ehemaligen Mitarbeiter des MfS und die ewig Gestrigen werden sich freuen, wird doch deutlich, daß es in Deutschland keinen Respekt vor dem erlittenen Unrecht von Hunderttausenden Opfern der Stasi gibt.

Die Weigerung der SPD, Roland Jahn erneut zu berufen, zeigt, daß politische Ränkespiele offensichtlich wichtiger sind, als Respekt vor den Opfern und der politische Wille zur Aufarbeitung staatlichen Unrechts in der ehemaligen DDR.

Die UOKG fordert die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag auf, ihre Blockadehaltung aufzugeben. Sonst wird die vom Stasi-Unterlagen-Gesetz geforderte Unabhängigkeit des Amtes des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in schwere Mitleidenschaft gezogen. Jetzt sind unübersehbare politische Signale nötig, die das Vertrauen der Stasi-Opfer in eine Institution, die „ihre Akten“ aufbe-

wahrt und verwaltet, auch für die weitere Zukunft rechtfertigen.

Wir unterstützen die Umstrukturierung der BStU nicht nur, sondern halten sie auch für notwendig. Wir begrüßen den Vorschlag der BStU-Kommission, künftig einen „Bundesbeauftragten für die Auseinandersetzung mit den Folgen der SED-Diktatur“ einzusetzen, welcher beim Deutschen Bundestag anzusiedeln ist. Aber, dies ist kein Grund, Roland Jahn nicht sofort zu berufen. Eine Umstrukturierung der Behörde aus dem Amt heraus ist die einzig sinnvolle Lösung!

Das neue Amt eines „Bundesbeauftragten für die Auseinandersetzung mit den Folgen der SED-Diktatur“ wird mit der Hypothek belastet sein, vom Transformationsprozeß ausgeschlossen gewesen zu sein. Der Generalverdacht, Amt und Würde des Bundesbeauftragten seien zum Spielball kurzfristiger und sachfremder Interessen politischer Parteien degradiert worden, werden das Vertrauen in das zukünftige Amt nachhaltig beschädigen.

Die UOKG und ihre Mitglieder bringen hier ausdrücklich zur Sprache, daß für eine Nichtbesetzung der Stelle des Behördenleiters nicht nur kein Verständnis besteht, sondern auch aktiv dagegen protestiert wird.

Darüber hinaus machen wir, nun, da die Arbeit der Kommission zu Ende geht, auf den einschlägigen Passus im Beschluß

des Bundestages vom 1. Juli 2014 aufmerksam, in dem es heißt: „Über die Arbeit der Kommission wird regelmäßig und so transparent wie möglich durch den Deutschen Bundestag informiert.“

Erlebt hat die Öffentlichkeit bisher weder regelmäßige noch transparente Informationen über die Arbeit der Kommission. Fehlende Transparenz bei den Entscheidungen über den Verbleib der Akten wird bei den Betroffenen das langjährige Vertrauen zerstören, das die bisherige BStU zu Recht für sich in Anspruch nehmen kann, und die Empfehlungen der Kommission, so sachgemäß sie sein mögen, dauerhaftem Mißtrauen aussetzen.

Nur, wenn die Opfer der Staatssicherheit, deren Akten heute in der BStU verwahrt werden, das sichere Gefühl gewinnen, daß die angestrebten Veränderungen zu ihrem Nutzen und in ihrem Sinne erdacht wurden, werden sie auch in einem dauerhaften Konsens in der Gesellschaft anerkannt werden.

Die UOKG appelliert an den Deutschen Bundestag, die Empfehlungen der BStU-Kommission vor einer Beschlußfassung zu veröffentlichen und die weiteren Entscheidungen transparent und dialogorientiert zu gestalten. Ansonsten wird sich unter unseren Mitgliedern die bereits jetzt hörbare Meinung verbreiten: „Die Akten gehören uns – jetzt nicht mehr!“

13. März 2016

Interniert in Karelien

Geschichte des Lagers 517 für internierte deutsche Frauen und Mädchen des NKWD der UdSSR

Von Iwan Tschuchin

Teil I

In Karelien läßt der Frühlingsbeginn lange auf sich warten. Schnee im April ist eine normale Erscheinung, im Waldesdickicht hält er sich bis Mitte Mai. Beispielsweise 1944 fiel der letzte Schnee erst am 23. Mai. So ist also der Frühling. Und auch der Frühling des Kriegsjahres 1945 war keine Ausnahme, als auf dem Bahnhof von Petrosawodsk der Zug Nr. 97063 ankam. Die 54 Waggons fanden nur mit Mühe ihren Platz auf dem Hauptgleis, das schon vorher von bewaffneten Sicherheitskräften abgesperrt worden

Leiter der Untersuchungsabteilung der Spionageabwehr „Smersch“, Major Soloweitschik, 2000 deutsche Häftlinge der Gruppe B, und zwar 1303 Frauen und 697 Männer, gegen Unterschrift übernommen. Als Verpflegung empfing er 8100 kg Zwieback, 3600 kg holländischen Käse, 270 kg Zucker, 300 kg Salz und 30 kg Kaffee. Dann ging es los.

Unterwegs verstarben 16 Personen. Wer weiß schon, woran? Der Feldscher hatte gemeldet, daß sie tot waren, hatte einen

Schein ausgestellt und die Leichen auf dem nächsten Bahnhof abgeliefert. Somit befanden sich jetzt noch 1984 Häftlinge des Sonderkontingents im Zug, die er dem örtlichen Vertreter des NKWD Kareliens übergeben wird. Es waren ursprünglich 1940 Deutsche, 36 Polen, elf Franzosen, sieben Russen, fünf Italiener und ein Luxemburger gewesen.

Konzentrationslagern hervor, in denen neben Kriegsgefangenen und erwachsenen Zivilisten auch Kinder leiden mußten. Tausende blieben für immer jung, ohne sich jemals verliebt zu haben. Der erbarmungslose Krieg hat nicht nur sie getötet, sondern verhinderte auch die Geburt Millionen anderer kluger, fröhlicher und glücklicher Menschen. [...]

Streng geheime Befehle

Selbst in jenen Jahren, die noch weit von Demokratie, Redefreiheit und Glasnost entfernt waren, war der Weltöffentlichkeit nicht unbekannt geblieben, daß 1937/38 in der Sowjetunion auf Anweisung des Politbüros des ZK der WKP (b) von den Tschekisten ganze Völker verfolgt wurden, so die Finnen, Bulgaren, Griechen, Esten und Letten, die dort als Minderheiten lebten. Bekannt war, daß 1939/40 nach der hinterlistigen Teilung Polens zwischen Deutschland und der UdSSR mehr als eine Million Polen in die Sowjetunion deportiert worden waren. Im Frühjahr 1940 hatte das NKWD ohne Untersuchung und Gericht 14 000 polnische kriegsgefangene Offiziere erschießen lassen. Spätere Historiker erfuhren noch mehr. Auf der Konferenz von Teheran im Dezember 1943 hatte Stalin über Pläne zur Vernichtung von 50 000 gefangenen deutschen Offizieren gesprochen, jedoch hatte ihm Churchill scharf widersprochen.

Man muß daran erinnern, daß die Sowjetunion die Genfer Konvention über die Kriegsgefangenen nicht unterschrieben hatte, was sie von der juristischen Verantwortung für ihr Verhalten gegenüber den Kriegsgefangenen befreite. Auch die Internationale Konvention über die Rechte der Internierten, die schon vom zaristischen Rußland unterzeichnet worden war, kam in der UdSSR nicht zur Anwendung.

Am 16. Dezember 1944, also schon zwei Monate vor der Konferenz von Jalta, die der UdSSR erlaubte, deutsche Arbeitskräfte zwangsweise als Reparation einzusetzen, beschloß das Staatliche



Der Autor (l.) mit P. Petrow, beide Mitglied von Memorial.

war. Knarrend öffnete sich die Tür eines Wagens der 1. Klasse, dem der Zugkommandant entstieg, um den Bahnhofskommandanten aufzusuchen.

Die Absperrung schwiug, und auch im Zug blieb es still. An den Fensteröffnungen der beheizten Güterwagen tauchten nur ganz kurz Köpfe auf, um gleich wieder zu verschwinden. Es gab nichts zu sehen: Es sah aus wie überall in Rußland. Zwei Drittel der Stadt waren von den Finnen bei ihrem Rückzug abgebrannt oder gesprengt worden. Die ungeladenen Gäste konnten mit keinem freundlichen Empfang rechnen.

Wer und wie viele Personen waren in den Waggons? Woher kamen sie und was war ihr Ziel?

Auch der Zugkommandant hätte nur eine dieser Fragen beantworten können. Am 9. April 1945 hatte er in Insterburg/Ostpreußen im Feldgefängnis der 3. Bjelorusischen Front vom Stellvertretenden

Die Übergabe war schnell vollzogen. Der Zug wurde geteilt. Die Lok piff, stieß Rauch aus und zog einen Teil der Waggons in Richtung Westen bis zur Station Padosero, 37 km von Petrosawodsk entfernt. Der zweite Teil des Zuges hatte noch einen langen Weg vor sich, nämlich mehr als 500 Kilometer nach Norden bis zur Station Wirandoser, direkt am Weißen Meer. Welchen Sinn hatte das alles?

[...]Der schrecklichste und unmenschlichste Krieg des zwanzigsten Jahrhunderts hatte Dutzende von Millionen Menschen das Leben gekostet und Hunderte von Millionen Menschen in vielen Ländern und vieler Völker schicksalhaft betroffen. Und wie immer im Krieg mußte die Zivilbevölkerung die größten Opfer bringen. Tod und Grausamkeit gegenüber bewaffneten Soldaten sind verständlich. Aber wie soll man die bewußte Vernichtung friedlicher Einwohner im bjelorusischen Chatyn, im Warschauer Ghetto, in Dresden oder Hiroshima erklären? Der Krieg brachte Tausende von

Verteidigungskomitee der UdSSR (GKO) den streng geheimen Befehl 7161: „Alle arbeitsfähigen deutschen Männer im Alter von siebzehn bis fünfundvierzig Jahren und Frauen von achtzehn bis dreißig Jahren, die sich auf den von der Roten Armee befreiten Gebieten Rumäniens, Jugoslawiens, Ungarns, Bulgariens und der Tschechoslowakei befinden, sind dienstverpflichtet, werden interniert und zur Arbeit in der UdSSR deportiert. Dienstverpflichtet werden Deutsche nicht nur deutscher oder ungarischer Staatsangehörigkeit, sondern auch mit rumänischer, jugoslawischer, bulgarischer und tschechoslowakischer Staatsangehörigkeit.“ Zwischen Januar und März 1945 wurden so von den 140 000 Personen, die unter den Beschluß fielen, 111 831 in der UdSSR interniert. Alle wurden Betrieben des Kohlebergbaus und der Metallurgie in siebzehn Gebieten der Sowjetunion zugewiesen.

Am 3. Februar 1945 faßte das staatliche Verteidigungskomitee der UdSSR im Zusammenhang mit dem Beginn der Kampfhandlungen in Ostpreußen und Oberschlesien einen weiteren streng geheimen Beschluß, Nr. 7467. Danach sollten alle im Bereich der 1., 2. und 3. Bjelorussischen und 1. Ukrainischen Front befindlichen deutschen Männer im Alter von siebzehn bis fünfzig Jahren, die „zur physischen Arbeit geeignet und eine Waffe tragen könnten“, erfaßt werden. Nach einem Bericht der Hauptverwaltung für Kriegsgefangene und Internierte des NKWD wurden daraufhin weitere 77 741 Personen in der UdSSR interniert.

„Filtrierung“ und Hunger

Wie gerieten aber die 14jährige Gisela Gintel oder die 57jährige Gertrud Schwant in das NKWD-Lager 517 in Karelien? Denn weder dem Geist, noch dem Buchstaben nach fielen sie unter diese äußerst harten Beschlüsse.

Es gab noch eine weitere Kategorie von deutschen Staatsangehörigen, die ihre Heimat verlassen mußten. Außer den Soldaten und Offizieren der Wehrmacht waren an dem tragischen Schicksal von Millionen auch die Ideologen und Wegbereiter des Faschismus und die Mitarbeiter des Nazi-Staatsapparates schuld. Selbstverständlich waren Schuld und Verantwortung jedes einzelnen von ihnen unterschiedlich, sie mußten erst festgestellt werden. Ein spezieller Befehl an die NKWD-Truppen, die das

Hinterland zu sichern hatten, und an die Einheiten der Spionage-Abwehr „Smersch“ schrieb die Verhaftung und „Filtrierung“, d.h. Überprüfung und Aussonderung, aller verdächtigen Deutschen vor. Der Befehl 00101 vom 22. Februar 1945 legte folgende Gruppen von zu Verhaftenden fest:

- a) Offiziere und Soldaten der Wehrmacht und anderer Staaten: Sie waren in die Kriegsgefangenenlager zu überführen.
- b) Zivilisten, so „Mitglieder der verschiedenen feindlichen Organisationen“, Leiter staatlicher Verwaltungen bis zum Bürgermeister, Leiter von großen Wirtschaftsorganen, Redakteure von Zeitungen und Zeitschriften, „Autoren antisowjetischer Literatur und weitere feindliche Elemente“ kamen in Internierungslager.
- c) Sowjetische Staatsbürger, die in Gefangenschaft waren, kamen in „Filtrierlager“.
- d) Deutsche Arbeitsbattalione, die auf Beschluß des GKO aufgestellt worden waren. [...]

Der Befehl war hart, aber in der Logik des Krieges begründet, jedoch wurde dieser Befehl durchaus nicht immer und in allen Einzelheiten erfüllt. Die Verhaftung erfolgte nicht unbedingt auf Grund objektiver Tatbestände

oder von Listen der neuen deutschen Verwaltungen, sondern auch während der zahllosen Razzien. „Mitglied faschistischer Organisationen“, „Tochter eines Großgrundbesitzers“, „Ausbeuter“, „Händlerin“ lauteten die Haftgründe für die Mehrzahl der deutschen Frauen und Mädchen, die zwischen dem 23. und 25. März 1945 in das Feldgefängnis Insterburg eingewiesen worden waren und zwei Wochen später nach Karelien deportiert wurden. Die meisten stammten aus Elbing, Rastenburg, Heilsberg, Christburg, Korschin und den umliegenden Dörfern.

Nur unter großem Vorbehalt kann man die Notwendigkeit der Internierung und anschließenden Überprüfung der 24jährigen Bäuerin und Mutter eines dreijährigen Kindes, Elisabeth Alberg, verstehen. Ihre „Schuld“ bestand in der Mitgliedschaft in der NSF (NS-Frauenschaft),

sie gehörte damit formal zur Kategorie B. Schwerlich kann man mit der Internierung von Lucie Bucholz einverstanden sein, die 16 Jahre alt und Mitglied des BDM war. Völlig überflüssig war die Inhaftierung der 15jährigen Elfriede Beckmann (Bekman) aus Schinnenburg bei Rüssel, aber für die Mitarbeiter der „Smersch“ war sie ohne Zweifel ein „weiteres feindliches Element“.

Ein Drittel der Häftlinge des NKWD-Lagers 517 war noch nicht 18 Jahre alt, darunter 25 Mädchen im Alter von 14 und 15 Jahren. Die meisten verfügten weder über der Jahreszeit entsprechende Bekleidung und Schuhe noch über Wäsche zum Wechseln. Viele waren krank und entkräftet, und beinahe alle waren von Läusen befallen. Man kann sich vorstellen, welches Schicksal sie beim Holzeinschlag in den karelischen Wäldern erwartete.



Im Sommer 1998 wurde der Waldfriedhof Padosero als Gedenkort eingeweiht. Wegen des sumpfigen Untergrunds mußten Holzstege verlegt werden.

Dabei war das Schicksal der internierten Zivilisten viel schlimmer als das der Kriegsgefangenen in ihren Lagern. Dort gab es eine feste Ordnung und eine zentrale Lebensmittelversorgung. Von den 208 239 Internierten waren 1946 nur noch 41 500 arbeitsfähig. Die Hauptschuld daran trugen die Arbeitgeber, also die Volkskommissariate (VK; ab 1946 Ministerien), denen die Betriebe unterstanden. In den Beschlüssen des GKO und Befehlen des NKWD der UdSSR war ausdrücklich festgelegt, daß die Volkskommissariate, die deutsche Internierte als Arbeitskräfte erhalten hatten, für Arbeitskleidung, Unterkunft, Heizung, Beleuchtung, Transport zur und von der Arbeitsstelle, Versorgung mit Industriewaren, für Küchen- und Kantinenausstattung, Schlafgelegenheiten und hygienische und sanitäre Maßnahmen verantwortlich seien.



In Karelien gab es zwei Forstwirtschaftsbetriebe, die dem Volkskommissariat für Forstwirtschaft unterstanden. Allerdings sollte man nicht vergessen, daß der Krieg in Karelien die Hälfte des Wohnungsbestandes zerstört hatte und die tägliche Verpflegungsnorm für Waldarbeiter 500 Gramm Brot am Tag war. Die Möglichkeiten der „Arbeitgeber“ waren also begrenzt. Die einheimischen Karelrier, die im Wald mit den Deutschen zusammen arbeiteten, lebten teilweise noch schlechter als die Deutschen. Für sie war die Freiheit ein sehr vager Begriff. Aber sie waren wenigstens dort zu Hause.

Padosero – Wirandosero

Die Leitung des Lagers 517 für internierte Deutsche (in anderen Dokumenten: „verhaftete Deutsche der Gruppe B“) befand sich in einem einstöckigen Gebäude



Zur Gedenkveranstaltung waren das Oberhaupt der Karelischen Republik und der Deutsche Konsul in Karelien erschienen...

des ehemaligen Volkskommissariats für Luftschutz im Zentrum von Petrosawodsk. Mit dem Gebäude wurde vom NKWD auch ein Teil der Angestellten übernommen, so auch Major Dmitri Melnikow, der zum Lagerleiter ernannt wurde. Die Struktur der Leitung war typisch für die Arbeitsbattalione der internierten Deutschen und bestand aus folgenden Gruppen: Material-technische Versorgung,

Arbeitseinsatz, Medizinische Betreuung, Bewachung, Operativ-Gruppe des NKWD.

Die Gesamtzahl der Militärangehörigen – ohne Wachmannschaften – schwankte zwischen 15 und 30 Personen. Unter ihnen waren 18/19jährige Leutnants und Sergeanten, die „noch nie Pulver gerochen“ hatten, und Veteranen, auf denen die Kriegererlebnisse lasteten, die meist mehrmals verwundet worden waren. Sie hatten ihre persönlichen Rechnungen gegenüber den Deutschen, und das dürfte wohl auch der Hauptgrund für bestimmte Vorkommnisse, wie Gewaltakte und Prügelei, gewesen sein.

Das Lager 517 bestand aus zwei Abteilungen. Die Abteilung 1 war in Wi-

randosero, wohin am 18. April 1945 983 Personen – 682 Männer und 301 Frauen – eingeliefert worden waren. Leiter dieser Lager-Abteilung war Major Woskobowitsch. Die zweite Abteilung war in Padosero, wohin 1001 Frauen kamen. Lagerleiter war zuerst Major Iwan Gusew, danach Hauptmann Boris Suslow. [...]

Die Lagerabteilung 2 befand sich sieben Kilometer vom Bahnhof Padosero entfernt, direkt am Ufer des kleinen Sees Nishnoje Padosero. Das Lager bestand aus vier großen Baracken mit Doppelstockbetten. Die Gesamtfläche der Baracken betrug 1314,7 m², d.h. 1,3 m² pro Person. Es gab eine Waschbaracke mit sechs Becken, eine Banja für „25 Personen pro Stunde“, ein Krankenrevier und eine Kantine mit 200 Plätzen. Übrigens gab es dort weder Tische und Bänke, noch Schüsseln. In den vier 600-Liter-Kesseln konnte nur die Vorsuppe gekocht werden; es gab kein Wasser und keine Möglichkeit, Wasser zu kochen. Leutnant Schuwalow meldete dem Innenkommissariat (Ministerium) Kareliens, daß es „im Lager keinen einzigen Eimer gibt und daß die Häftlinge ständig Schnee essen, so daß bereits zehn Prozent an Angina erkrankt sind“. Sie wurden nicht nur krank. Am Ankunftstag, dem 17. April, wurde im Waldfriedhof das erste Grab geschaufelt. Gestorben war Margarita Friese, 27 Jahre alt. Am nächsten Tag starben zwei, am 19. April wieder zwei. Alle wurden im ersten Massengrab beerdigt. Die jüngste war Hedwig Tschlerlinski, 16 Jahre alt...

Krankheit und Tod

Die während des langen Winters hartgefrorene karelische Erde nahm nur ungern die Körper der Verstorbenen auf. Mit der Schaufel konnte man nur Schnee und vorjähriges Gras fortkratzen und stieß immer wieder klirrend an Feldsteine. Nur mit großen Schwierigkeiten konnte der Wirtschaftsleiter des Forstbetriebes, der Dienstverpflichtete Aleksej Kurgusow, nachdem er den Boden durch ein Feuer erwärmt hatte, ein Massengrab schaufeln und die Leichen hineinwerfen. Im Nachthemd, ohne Sarg, ohne Abschiedsworte und Gesang. Danach wurde das Grab zugeschaufelt und in den Hügel ein Pflock gesteckt; damit sollte vor allem verhindert werden, daß an gleicher Stelle wieder gegraben wurde. Außerdem mußte man an die Schneeverwehungen denken. Von dem Besitz der Toten wurde ein Verzeichnis in deutscher Sprache

angefertigt, die Sachen kamen in einen Lagerraum. „Von oben“ gab es dazu keinerlei Instruktionen, der Wirtschaftsleiter handelte nach Gutdünken. Und die Pflöcke wurden mehr und mehr.

In der Lagerabteilung 1 in Wirandosero war es weit schlimmer. Dort brach eine Typhus-Epidemie aus. Am 29. April waren unter den 195 Kranken 55 Fälle von Bauch-Typhus. Im Revier gab es überhaupt keine Medikamente. Im ganzen Lager gab es nur fünf Haarkämme. Draußen lag die Temperatur unter Null, aber nur jeder 20. Internierte besaß eine Decke. Wen wundert es, daß im April dort 60 Personen verstarben und im Mai 160. Der Lagerleiter, Major Woskobowitsch, der aus Petrosawodsk kam, deckte zusätzlich verbrecherische Handlungen auf. In einem Bericht an den Innenminister schrieb er:

„... Der Leiter des zweiten Abschnitts, sein Gehilfe und zwei Brigadiere, alle selbst Internierte, haben in der Zeit vom 26.4. bis 3.5. ca. zehn Frauen vergewaltigt, wobei einige Frauen von der ganzen Gruppe vergewaltigt wurden. Ich bitte um Anweisung, wem die Untersuchung übertragen werden soll. ...“

Der Forstwirtschaftsbetrieb und das Lager waren auf die Aufnahme von Internierten nicht vorbereitet. Selbst der Befehl des NKWD der UdSSR über die Einrichtung des Lagers 517 wurde erst zwei Wochen nach Eintreffen der Internierten in Karelien unterschrieben. [...] Das VK für Forstwirtschaft Kareliens überzeugte sich bald, daß die Arbeitskapazität der 2000 Deutschen gering war, und informierte am 15. Mai das NKWD über ihre Streichung aus der Verpflegungsliste. Für die deutschen Häftlinge war dies ein großes Glück, denn jetzt begann die zentralisierte Lebensmittelversorgung des Lagers 517 nach den Normen der Kriegsgefangenen-Lager. Der Lagerleitung bereitete das neue Kopfschmerzen. Kurzfristig mußten je vier Bahnwaggons mit Lebensmitteln nach Wirandosero und Padosero geschickt werden, Lager Räume mußten eingerichtet werden und Inventur und Verteilung der Lebensmittel war zu organisieren. Unter den damaligen Bedingungen eines allgemeinen Durcheinanders, des Hungers der Kriegszeit und des besonderen Verhältnisses eines Teils der Leitung den Deutschen gegenüber, geriet nicht nur ein Mitarbeiter des Versorgungssystems auf die abschüssige Bahn. So war es auch im Lager 517. [...]

Am 9. Mai 1945 kam der immer finstere, manchmal geradezu offen böser Lagerleiter Iwan Gusew in Padosero in freudiger Stimmung an. Er schrie laut etwas, rannte durch das Dorf und küßte alle alten und jungen Frauen. Bald brannten in den Fenstern aller Häuser Petroleumlampen, und auf den Straßen hörte man verwegene und alkoholisierte Gesänge. Sieg! Aber je lustiger es im Dorfe war, um so stiller und trübseliger wurde es im Lager. Der fremde Feiertag konnte für die Internierten und noch mehr für ihre Familien, die in den von den Siegern besetzten Gebieten zurückgeblieben waren, zu einem Unglück werden. Was sollte aus ihnen werden?

Schlaflosigkeit ist für alt und jung, für Schuldige und Unschuldige im Lager eine häufige Erscheinung. Die einen drückt die Angst vor früheren Sünden, die den Tschekisten bisher noch nicht bekannt geworden sind. Die anderen, die Unschuldigen, denken mit großer Trauer an vergangene Tage. Die meisten Frauen im Lager hatten ihre Familie, ihren heimatlichen Herd und ihre Wirtschaft zurücklassen müssen. Die dritten – mehr praktisch veranlagt – denken mit Hoffnung und Unruhe an die Zukunft.

[...] Im Juni begann erneut eine Typhus-Epidemie, die im Juni 34 Todesopfer und im Juli 62 forderte. Die drei Lagerärzte – der Gynäkologe Martemjanow, die Internisten Pestjakow und Wilkowa – und die drei Arzthelferinnen, die unter den Internierten ausgewählt worden waren, arbeiteten selbstlos. Auf dem Schwarzmarkt in Petrosawodsk wurden Medikamente beschafft. Tag und Nacht waren die Desinfizierung, die Wäscherei und die Banja in Betrieb. Und die Krankheit ging zurück.

Noch schwieriger war die Situation in Wirandoserow, wo im Juni/Juli 138 Internierte starben. Dabei spielte das rauhe nördliche Klima und die große Entfernung zu den Versorgungsbasen eine Rolle. Die Leitung des Lagers 517 hatte immer wieder den vorgesetzten Dienststellen die Schließung von Wirandoserow vorgeschlagen, was im August dann auch beschlossen wurde.

Lageralltag

Als dann der Sommer begann, wurden die Häftlinge kräftiger und gewöhnten sich an die veränderten Lebensbedingungen in der Fremde. Immer öfter hörte man deutsche Lieder. Die Wärme

und die wunderbaren weißen Nächte, in denen man bis spät ohne Licht auskam, begünstigten stürmische Liebesbeziehungen. Aus dem Kriegsgefangenenlager 120 hatte man nach Padosero 20 Männer, meist Ungarn, als Haushandwerker abkommandiert. Sie wohnten in einer eigenen Baracke außerhalb des Lagers, aber was sind schon drei Reihen Stacheldraht für einen Verliebten.

Eine ganz andere, nicht immer angenehme Abwechslung war mit dem Eintreffen eines Überprüfungscommandos des NKWD bzw. KGB verbunden. Auf Grundlage der Direktive 74/60 – sie trug die Unterschrift des Stellvertretenden Volkskommissars des Inneren der UdSSR, Tschernyschew, und des Stellvertretenden Volkskommissars für Staatssicherheit, Kobulow – sollte ein Dutzend junger Tschekisten unter den Internierten Komplizen der Faschisten herausfinden. Sie benutzten dabei eine Methode, die so alt wie die Welt ist: Sie warben unter den Lagerinsassen geheime Mitarbeiter an. Dazu bediente man sich der Erpressung, der Bestechung mit Konserven, des Versprechens ihrer baldigen Befreiung, oder man setzte einfach auf Charakterschwäche. Ohne in dieses besondere Thema weiter einzudringen, kann man feststellen, daß die Tschekisten ihr Brot nicht umsonst aßen und nicht einfach nur so mit den deutschen Frauen Boot fuhren.

Übrigens wurde die Überprüfung oder „Filtrierung“ ohne besonderen Nachdruck durchgeführt, da die Tschekisten selbst sahen, wie absurd es war, unter diesen jungen Mädchen und Frauen vom Dorf nach Komplizen des Faschismus zu suchen. Eine besondere Komik bestand darin, daß der einzige Dolmetscher der Abteilung, der junge Bursche Michail Solomonowitsch Tumarkin, kürzlich erst aus einem Kriegsgefangenenlager in Finnland zurückgekehrt war und selbst überprüft werden mußte.

Anfang Juni bekam die Lagerabteilung einen neuen Leiter: Hauptmann Boris Suslow aus Leningrad, 26, Bauingenieur. Boris Anisimowitsch hatte von Dezember 1941 bis November 1944 am Krieg teilgenommen und als Soldat kämpfend den Weg von Moskau bis zur deutschen Grenze zurückgelegt. Zweimal war er mit dem „Orden des Großen Vaterländischen Krieges“, zweimal mit dem Orden „Roter Stern“ und einmal mit der Medaille „Für Verdienste im Kampf“ ausgezeichnet worden. Im

November 1944 war er als Führer der Division Aufklärung schwer verwundet worden. [...]

Boris Suslow, Einwohner von Petrosawodsk: „... Das Begleitkommando sah selbst, wen es da begleitete und verzichtete auf übertriebene Strenge. Das übliche ‚ein Schritt nach rechts oder nach links – und ich schieße ohne Warnung‘ gab es nicht.

Nun zur Ernährung und den Lebensbedingungen. Als ich hinkam, gab es schon die Baracken und das Krankenrevier. Es gab drei Ärzte: Pestjakow, der später Lazarett-Chef im Kriegsgefangenenlager 120 wurde, außerdem den Gynäkologen Martemjanow, der sogar wissenschaftliche Arbeiten geschrieben hatte. Beide waren, soweit ich weiß, in finnischer Gefangenschaft gewesen

und kamen nach ihrer Befreiung zu uns. Dann kam noch die Ärztin Soja Wilkowa. Die Deutschen waren erschöpft und krank angekommen. Offensichtlich hatten sie sich vorher oder unterwegs mit Typhus angesteckt, deshalb gab es im Lager viele Todesfälle. Geschlechtskranke gab es auch. Doktor Martemjanow fragte sie: ‚Woher?‘ Sie zogen ihre Augen mit den Fingern auseinander, wahrscheinlich aus Mittelasien ... Es gab auch Schwangere, aber – soweit ich weiß – starben alle Neugeborenen.“

Fortsetzung in der nächsten Ausgabe

(Der Beitrag ist dem Aufsatz „Internierte Jugend“, Moskau – Petrosawodsk 1995, entnommen, der als Arbeitsergebnis des Projekts „Padosero“, einem Gemeinschaftsunternehmen von Memorial Moskau, der Karelistischen Gesellschaft Memorial Petrosawodsk und der Heinrich-Böll-Stiftung, entstand, s. <http://www.memo.ru/memory/karelia/>. Der Autor war ein russischer Historiker und starb wenige Jahre nach Ende des Projekts bei einem Motorradunfall in Karelien; Übersetzung von Viktor Gorynia)



Fotos: N. Radlitz
...und auch einer der ehemaligen Lagerleiter (3.v.l.). Er sei sich keiner Schuld bewußt, sagte er.

Behörde mit hohem Symbolgehalt

(st), „Nicht nachlassen beim Thema Aufarbeitung – Arbeitsfähigkeit der Stasi-Unterlagen-Behörde muß erhalten bleiben“ war das Thema, mit dem sich das UOKG-Verbandetreffen am 12. und 13. März im Potsdamer Landtag beschäftigte. Zunächst sprach Jes Möller, Präsident am Verfassungsgericht Brandenburg, zu Fragen und Problemen, die sich aus den unterschiedlichen Rechtssystemen der DDR und der Bundesrepublik ergeben. Besonders ging er dabei auf das Rentenproblem der ehemaligen DDR-Flüchtlinge ein. Nachdem ursprünglich für sie das Fremdrengengesetz galt, wurde ihre Rente nach der Wiedervereinigung anhand des Rentenüberleitungsgesetzes berechnet, mit teilweise deutlichen Nachteilen. 2011 bestätigte das Bundessozialgericht (BSG) diese Vorgehensweise, und Möller

sondern die Gerichte eine umfassende Beweiswürdigung vornehmen müßten, sonst werde das Amtsermittlungsprinzip verletzt.

Hildigund Neubert referierte anschließend als Mitglied der Expertenkommission zur „Zukunft der Stasiunterlagen-Behörde“. Als Angehörige dieser Kommission mußte sie zwar entsprechend zurückhaltend sein, ging aber auf einige grundlegende Probleme bei der Umstrukturierung dieser Einrichtung ein. Zum Stasi-Unterlagen-Archiv gehörten Belege der Repression ebenso wie Belege des Widerstands. Man müsse den hohen Symbolgehalt der Behörde bedenken und ihre Praxis. Das Interesse an der Akteneinsicht sei anhaltend hoch, dazu passe jedoch nicht die derzeitige

wählte die Mitgliederversammlung eine Neufassung der Satzung, nach den zahlreichen Änderungen der Vergangenheit eine Empfehlung des Vereinsregisters. Sie wurde einstimmig, bei einer Enthaltung, angenommen. Darüber hinaus wurde eine Resolution zur Zukunft der BStU verabschiedet (s. Seite 7).

Den zweiten Tag dominierte eine Podiumsdiskussion zum selben Thema. Es diskutierten Roland Jahn, Dieter Dombrowski und Christian Dietrich, Landesbeauftragter des Freistaates Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Journalist Peter Grimm moderierte. Roland Jahn mahnte, daß jetzt „dauerhafte Strukturen“ geschaffen werden müßten mit langfristiger Wirkung. Dies sei eine große Herausforderung, man müsse in archivgerechte Lagerung investieren, digitalisieren und die Internet-Präsentation verstärken. Die Kompetenz in den Archiven des Bundes könne dafür genutzt werden. Er betonte, daß das Stasi-Unterlagen-Archiv ein Symbol und Ergebnis der Friedlichen Revolution sei. Christian Dietrich hob hervor, daß die Eigenständigkeit erhalten bleiben müsse. Die Akten gehörten „zu unserer deutschen Identität“. Jahn wies darauf hin, daß das Stasi-Unterlagen-Gesetz „kein Verfallsdatum“ habe, dies in der Öffentlichkeit jedoch wegen der Befristung der Überprüfungen oft so wahrgenommen werde. Auf die Konfliktlinien angesprochen, legte Dieter Dombrowski dar, daß sich die Struktur verändern werde. Wenn der Behördenleiter eine Entlassungsurkunde, aber keine Ernennungsurkunde erhalte, sei das ein Affront für die Opfer. Die Aufarbeitung innerhalb der Behörde dürfe nicht zum Erliegen kommen, sondern müsse beschleunigt werden. Jahn setzte diesen Gedanken fort: Man müsse aufbauen auf dem in 25 Jahren Geschaffenen. Veränderung dürfe nur mit Verbesserung einhergehen und Verbesserung sei, den Horizont über die Stasi hinaus zu erweitern. Die Forschung müsse weitergehen und so frei wie möglich sein. Dem entgegenetzte Dietrich, daß er schon immer die Forschung innerhalb der Behörde kritisiert habe, dafür gäbe es andere Möglichkeiten. Dombrowski erinnerte noch einmal daran, daß die Opfer keinen „Ombudsmann“ wollten, sondern einen Bundesbeauftragten: „Wir hätten schon vor zehn Jahren einen Bundesbeauftragten haben müssen.“



Foto: N. Radlitz

Podiumsdiskussion mit (v.l.) Dieter Dombrowski, Christian Dietrich, Peter Grimm und Roland Jahn.

kritisierte die Entscheidung deutlich. Anwartschaften fielen zunächst unter den Schutz des Eigentums. Dies gelte laut Einigungsvertrag auch für Sonder- und Zusatzrenten. Auf diese Tatsache sei das BSG aber gar nicht eingegangen. „Eindeutig eine Schwäche in meinen Augen.“ Noch deutlicher werde das Problem angesichts des allgemeinen rechtsstaatlichen Vertrauensschutzes. Dazu hatte das BSG erklärt, es gäbe in diesen Fällen noch „kein verfestigtes Vertrauen“. Da werde jedoch völlig verkannt, daß mit Flucht oder Übersiedlung eine Lebensentscheidung getroffen wurde, deshalb sei in diesen Fällen die Schutzwürdigkeit sogar besonders hoch. Möller umriß u.a. auch die Rechtsprechung der Verfassungsgerichte zur Rehabilitierung von Heimkindern und betonte dabei, daß lediglich die Heranziehung von DDR-Akten keinesfalls reiche,

es bereits soweit sei, die Akten ins Bundesarchiv zu geben. Prüfstein bei dieser Entscheidung müsse sein, ob die Aufarbeitung dadurch verbessert werde oder nicht. „Unabhängigkeit und Rechtssicherheit der BStU sind ein ganz hohes Gut.“ Auf jeden Fall sei es ihrer Meinung nach nicht an der Zeit, die Aufarbeitung zu beenden.

Zu Beginn der UOKG-Mitgliederversammlung rief der Vorsitzende, Dieter Dombrowski, erneut zur Geschlossenheit und konstruktiven Arbeit auf. Er informierte u.a. über den Stand der Arbeit bei den Themen Mahnmal und Zwangsarbeit sowie über seine Anhörung bei der Expertenkommission zur Zukunft der BStU. Künftig werde die UOKG ihre Öffentlichkeitsarbeit verstärken, sie solle kampagnenfähig werden. Anschließend

Bundestag beriet über Rentenunrecht

Am 17. März fand im Deutschen Bundestag die Beratung des Antrags „Altübersiedlerinnen und Altübersiedler sowie DDR-Flüchtlinge vor Rentenminderung schützen – Gesetzliche Regelung im SGB VI verankern“ der Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen statt (Drucksache 18/7699). Die Sitzung leitete Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau. Sie war in der DDR Lehrerin, SED-Mitglied und ist heute Angehörige der Linkspartei sowie Vizepräsidentin des Bundestages.

Ich verfolgte diese Plenarsitzung von der Besuchertribüne des Bundestages. Auch ich war in der DDR Lehrerin, jedoch kein SED-Mitglied, später politischer Häftling und Flüchtling, heute Rentnerin und erneutes „Opfer“, über dessen Rente nach

Wiedervereinigung verbracht hat, nicht erdulden müssen. Sie erlitt keine psychische Folter (s. Sibylle Plogstedt: Knastmauke, Artikel in der „Welt“: „Wie die DDR ihre Foltermethoden änderte“ vom 01.03.2011), ihre Seele hat keinen Schaden genommen. Sie ist eine Gewinnerin der Vereinigung unseres Landes und erfreut sich allgemeiner gesellschaftlicher Wertschätzung als Bundestagsvizepräsidentin.

Den Antragstellern der beiden Fraktionen geht es darum, daß den betroffenen Personengruppen die Rente nicht gekürzt werden darf, weil sie zum Zeitpunkt des Mauerfalls bereits Bundesbürger waren und für sie das Fremdrentengesetz (FRG) im Rentenrecht der Bundesrepublik galt.

Grüne und Linke haben deshalb am 25. Februar dieses Jahres erneut und gemeinsam einen Antrag zur Behebung dieser Renten-Altlast in den Bundestag eingebracht. Dessen Inhalte wurden jedoch von CDU/CSU und SPD abgelehnt. Fast eine „Basta-Variante“ vertrat der Bundestagsabgeordnete Peter Weiß von der CDU/CSU.

Es handelt sich allein um ein spezifisch deutsch-deutsches Problem, um einen Sonderfall in der deutschen Geschichte aus Zeiten der Teilung unseres Landes. Als Sonderfall müßte die Rente auch geregelt worden sein. Das ist sie jedoch nicht. Da wird von Nachteilen gegenüber von Spätaussiedlern, Rußlanddeutschen und Polen gesprochen. Diese haben jedoch mit dem deutsch-deutschen Problem nichts zu tun. Wäre ich nach Österreich oder in die Schweiz gegangen, bekäme ich dort die Fremdreute (geregelt im FRG der Bundesrepublik) nach bundesrepublikanischem Recht für Bundesbürger. Heute bin ich durch das Rentenüberleitungsgesetz (RÜG), welches nach dem Zusammenbruch der DDR ausschließlich für die beigetretenen DDR-Bürger geschaffen worden ist, wieder DDR-Bürgerin, die ich nicht sein wollte.

Laut Peter Weiß läßt sich daran nichts ändern. Er verkündete: Der Antrag der Grünen und Linken wird daher von der CDU/CSU abgelehnt. Auch die SPD, heute in Regierungsverantwortung, lehnt den Antrag der Oppositionsparteien ab, obgleich sie in der vorangegangenen Legislaturperiode als Oppositionspartei selbst für eine Gesetzesänderung eingetreten war.

Ich frage die Vertreter von Recht und Ordnung, die politischen Entscheidungsträger, ob sie sich vorstellen können, wie es sich anfühlt, im Gefängnis gesessen zu haben und noch dazu zu Unrecht.

Können sie sich weiterhin vorstellen, wie es sich anfühlt, wenn ein solcher Häftling auf der Tribüne des Deutschen Bundestages sitzt und sich anhören muß, wie über ihn gestritten wird? Können sie sich abschließend vorstellen, ein klein wenig Empathie für die Schicksale derer, über die sie richten, zu entwickeln? Immerhin sind sie ihrem Gewissen verpflichtet.

Im 26. Jahr nach der Wiedervereinigung ist es meines Erachtens an der Zeit, daß „Opfer-Geschichten“ öffentlich gemacht werden, damit sich die Bürger des vereinten Landes eine Meinung bilden können. Die „Opfer“ sollten ihre Gesichter wiedererhalten dürfen und nicht hinter den Debatten im Bundestag versteckt werden.

Eva Aust

Wieviel Zeitung trägt der Mensch?

FAZ, Tagesspiegel, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, BILD, taz, Die Zeit, Spiegel, Focus, Stern, Lingener Tagespost...

Man kann nicht alle lesen – aber den „Wochenrückblick“-online bestellen.

Dieser Informationsdienst bietet mit kurzen Texten und Links zu vollständigen Zeitungsberichten die News der vergangenen Woche, rund um das Thema Aufarbeitung. Er wird als E-Mail verschickt und ist zu bestellen unter uokg-wochenrueckblick@gmx.de.

25 Jahren Einheit gestritten wird. Nachdem ich 1982 nach drei Jahren Haft (voll verbüßt) und nochmaligem fast 5jährigem Zwangsaufenthalt in der DDR (gegen meinen Willen, es erfolgten fristlose Entlassung und Berufsverbot) in die Bundesrepublik ausreisen „durfte“ und Bundesbürgerin geworden war, wurde ich bei der Vereinigung des Landes durch entsprechende politische Einflußnahmen rentenrechtlich wieder DDR-Bürgerin – ein einmaliger Vorgang in der deutschen Geschichte. Die Öffentlichkeit erfährt von diesen gravierenden Rechtsverletzungen so gut wie nichts.

Petra Pau hat die Erfahrungen der Ausgrenzung aufgrund ihres gesamten Lebens, welches sie in der DDR bis zur

Neues Exponat



Foto: Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam/Hagen/Immel

Die Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam hat ein neues Exponat in ihrer Sammlung: Die Wattejacke des ehemaligen Workuta-Häftlings Johann Urwich (1926–1994), die dieser während seiner Haft im sowjetischen Strafärbeitslager trug.

Macht und Gewalt

Zum Herrschaftssystem der SBZ/DDR

27. Bautzen-Forum vom 26. bis 27. Mai 2016 in Bautzen

**Ort: Bautzener Brauhaus,
Thomas-Mann-Str. 7**

Donnerstag, 26. Mai 2016

10.00 Uhr: Eröffnung und Grußworte, von Matthias Eisel, Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Sachsen, Alexander Latotzky, Vorsitzender des Bautzen-Komitees e.V., Hanka Kliese, Mitglied des Sächsischen Landtages, SPD-Fraktion, und Alexander Ahrens, Oberbürgermeister der Stadt Bautzen

10.45 Uhr: Vortrag und Diskussion „Stalinismus und Gewalt. Zum Gewaltimport aus der Sowjetunion“, von Prof. Dr. Jörg Baberowski, Humboldt-Universität Berlin, Institut für Geschichtswissenschaften

12.00 Uhr: Mittagessen

13.30 Uhr: Podiumsgespräch „Die SED als zentrales Staatsorgan. Machtausübung in über 40 Jahren SBZ/DDR“, mit Heidi Bohley, Zeit-Geschichte(n) e.V. Halle/Saale, Prof. Dr. Rainer Eckert, ehemaliger Direktor des Zeitgeschichtlichen Forums in Leipzig, Wolfgang Templin, Bürgerrechtler und Publizist, Berlin, Dr. Stefan Wolle, Wissenschaftlicher Leiter, DDR-Museum Berlin, Moderation: Eileen Mägel, Dresden

15.30 Uhr: Kaffeepause

15.45 Uhr: Podiumsgespräch „Umgang mit Unangepaßten in der DDR“, mit Heinz Greifenhain, wegen Spionage 1949 zu 25 Jahren Zuchthaus verurteilt, sieben Jahre Haft in Bautzen und Torgau, Christian Kunert, Musiker bei der 1975 von der SED verbotenen Leipziger Rockband „Renft“, Wolfgang Löttsch, vom besten Radrennfahrer des DDR-Sports zum Staatsfeind, Uwe Schwabe, in den 1980er Jahren in Leipzig aktiv u. a. in kirchlichen Umweltgruppen und bei Protestaktionen; Moderation: Silke Klewin, Leiterin der Gedenkstätte Bautzen

17.30 Uhr: Ende des ersten Forum-Tages

18.00 Uhr: Einladung zum Imbiß im Innenhof der Gedenkstätte Bautzen, Weingangstr. 8a

19.00 Uhr: Sonderveranstaltung in der Gedenkstätte Bautzen „Erich Mielke – Meister der Angst“, Dokumentardrama von Jens Becker und Maarten van den Duin

Freitag, 27. Mai 2016

9.00 Uhr: Vortrag „Kindheit hinter Stacheldraht. Geboren in den Lagern und Gefängnissen der SBZ/DDR“, von Alexander Latotzky, geboren 1948 im sogenannten Speziallager Nr. 4 des KGB in Bautzen

9.45 Uhr: Erlebnisberichte „Gewalterfahrung in den Jugendwerkhöfen der DDR“, mit Corinna Thalheim, 1984-85 Jugendwerkhof Wittenberg und Geschlossener Jugendwerkhof Torgau, Vorsitzende der Betroffeneninitiative Mißbrauch in DDR-Heimen, Alexander Müller, 1983-85 u.a. Jugendwerkhof Burg und Geschlossener Jugendwerkhof Torgau, Gesprächsleitung: Manuela Rummel, Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau

11.00 Uhr: Kaffeepause

11.30 Uhr: Podiumsgespräch „Die DDR in den Köpfen und die Erwartungen an Demokratie heute“, mit Susann Rührich, Mitglied des Deutschen Bundestages, Dresden, Dr. Anna Kaminsky, Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin, Prof. Dr. Heinrich Best, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Institut für Soziologie, Dr. Michael Parak, Geschäftsführer von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Berlin, Moderation: Michael Naumann, Journalist, Mitteldeutscher Rundfunk

13.30 Uhr: Ende des Forums

Die Teilnahme am 27. Bautzen-Forum ist kostenfrei. Die Aufwendungen für Mittagessen, Imbiß und Getränke im Rahmen der beiden Veranstaltungstage trägt die Friedrich-Ebert-Stiftung. Reise- und Übernachtungskosten können nicht erstattet werden.

Die Stiftung bittet um verbindliche Anmeldung bis zum 22. Mai 2016: Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Sachsen, Burgstr. 25, 04109 Leipzig, Tel. (03 41) 960 24 31, Fax (03 41) 960 50 91, E-Mail Sachsen@fes.de

Bautzen-Treffen 2016

Am **25. Mai 2016** findet in Bautzen im Restaurant „Lusatia“, Löbauer Str. 26, die diesjährige Mitgliederversammlung des Bautzen-Komitees statt. Alle Mitglieder sind herzlich dazu eingeladen. Gäste melden sich bitte vorher im Büro des Bautzen-Komitees an (Bautzen-Komitee e.V., Weingangstr. 8a, 02625 Bautzen, Tel. 035 91- 425 21, Fax 035 91- 318 99 29, E-Mail buero@bautzen-komitee.de). Dies-

jähriger Gastredner ist Lutz Rathenow, Sächsischer Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen.

Am Nachmittag um 16.30 Uhr findet in der Gedenkkapelle auf dem Karnickelberg ein ökumenischer Gottesdienst mit anschließender Kranzniederlegung statt.

Alexander Latotzky

Abschied

Der Direktor der Stiftung Berliner Mauer, Prof. Dr. Axel Klausmeier, zum Tod von Hans-Dietrich Genscher:

Die Stiftung Berliner Mauer trauert um Hans-Dietrich Genscher. Er war ein bedeutender deutscher Politiker, dessen unermüdliches Engagement den Prozeß der deutschen Wiedervereinigung entscheidend geprägt hat. Abrüstung, Entspannung und Ausgleich mit dem Osten waren Leitbegriffe seiner Außenpolitik inmitten des Kalten Krieges. Für ihn – in Halle an

der Saale geboren und 1952 über West-Berlin in die Bundesrepublik gekommen – war die Teilung Deutschlands, Europas und der Welt nie Normalität. Wir verdanken ihm große, politische Weitsicht. Seine berühmteste Rede blieb unvollendet und ist unvergessen: Er hielt sie in der mit DDR-Flüchtlingen vollbesetzten bundesdeutschen Botschaft in Prag am 30. September 1989. Die emotionalen Bilder bewegen noch heute. Nur kurze Zeit später fiel die Berliner Mauer, ein Jahr später war Deutschland wiedervereinigt. In unserer Arbeit erinnern wir täglich an diesen großen Europäer. 

Einladung

Die Interessengemeinschaft ehemaliger politischer Brandenburger Häftlinge 1945-1989 lädt zu folgenden Terminen ein:

1. Häftlingskongreß in der Stadt Brandenburg – zu Ehren der Betroffenen und Michael Gartenschlägers. Am **28. April 2016** findet ab 18.00 Uhr im Industriemuseum Brandenburg eine Podiumsdiskussion mit Zeitzeugen und die Filmvorführung „Die Todesautomatik“ statt. Die Veranstaltung und der Film zeichnen das Leben von Michael Gartenschläger nach, der bei seinem Bemühen, einen der tödlichen Selbstschußautomaten an der innerdeutschen Grenze zu demontieren, von einem Kommando der DDR-Staatsicherheit bereits erwartet und erschossen wurde. Michael Gartenschläger beabsichtigte, diesen Selbstschußautomaten der internationalen Gemeinschaft zu präsentieren, um die DDR-Staatsführung öffentlich der Lüge zu überführen, die eine Installation derartiger Grenzanlagen bestritt.

Wir fordern den brandenburgischen Landtag auf, anlässlich des 40. Todestages Michael Gartenschlägers, ihn mit der Verleihung des Verdienstordens zu würdigen.

2. Für den **28/29. Mai 2016** rufen wir bundesweit auf zu einem Kongreß aller ehemaligen politischen Häftlinge der JVA Brandenburg-Görden und Brandenburgs im Industriemuseum Brandenburg (August-Sonntag-Straße 5, Brandenburg/Havel.) Eintreffen ab 11 Uhr, Be- ginn 13 Uhr;

Podiumsdiskussionen und Fachvor- träge von Zeitzeugen und zu Medi- zin, Recht und Soziales. Gleichzeit- ig findet dort unsere 2. Mitglieder- versammlung mit dem Gruß-Ted Herold Fanclub statt.

Angefragte Referenten: Prof. Dr. Erardo C. Rautenberg, General- staatsanwalt Brandenburg, Dr. Ste- fan Trobisch-Lütge, Dr. Johannes Wasmuth u.a. Um Anmeldung wird gebeten an: VOS Bundesver- band Berlin, E-mail: vos-berlin@ vos-ev.de, oder schulz@uokg.de, Tel. (0172) 290 03 06. (Teilneh- merspende 20€ angeregt)

Der Vorstand
J.Sydow, M.M.Schulz, M.Springer

Spendenaufruf

Liebe Freunde der UOKG, ebenso, wie mein Vorgänger Rainer Wag- ner, wende ich mich heute an Sie mit der Bitte, unsere Arbeit durch eine Spende zu unterstützen. Ich weiß, daß viele von Ih- nen ehrenamtlich Großes leisten, um den ehemaligen Opfern der kommunistischen Diktatur zu Aufmerksamkeit und Recht zu verhelfen. Dennoch, ohne Geld geht es nicht. Die Anliegen der Opfer der zweiten deutschen Diktatur sind noch immer nicht so im öffentlichen Bewußtsein angekom- men, wie es sein müßte. Die Gründe da- für will ich Ihnen an dieser Stelle nicht darlegen. Das Ziel der Mitgliedsverbände der UOKG und des Vorstandes ist es, die Anliegen der Menschen, für die wir tätig sind, stärker in die Öffentlichkeit, aber insbesondere ins Bewußtsein von Politik und Verwaltung zu rücken. Unseren all- gemeinen Geschäftsbetrieb können wir dank der Unterstützung der öffentlichen

Hand decken, zu mehr reicht es allerdings nicht. Wir wollen aber mehr leisten, weil uns sonst die Zeit davonläuft.

Ich bitte Sie deshalb zu prüfen, ob Sie die Arbeit der UOKG durch eine Spende un- terstützen können. Ihnen allen wünsche ich Gesundheit und Gottes Segen.

Dieter Dombrowski
Bundesvorsitzender der UOKG

(Eine Spendenbescheinigung für Beiträge über 100 Euro stellt aus: UOKG-Finanz- verwaltung, c/o Ewald Ott, Germanen- str. 36, 53859 Niederkassel. Bitte Ad- resse angeben!)

Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Bestätigung über Zuwendungen im Sinne von § 10 b des Einkommensteuergesetzes an eine der in § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftsteuergesetzes bezeichneten Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen. Art der Zuwendung:

Geldzuwendung von _____ € am _____

Es handelt sich nicht um den Verzicht auf Erstattung von Aufwendungen oder um Mitgliedsbeiträge.

Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. ist durch Freistellungsbescheid des Finanzamts für Körperschaften I in 14052 Berlin vom 8.10.2015 – Steuernummer 27/679/50198 – als gemeinnütziger Verein gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftsteuer und § 3 Nr. 6 GStG von der Gewerbesteuer befreit. Es wird bestätigt, daß die Zuwendung nur zur Förderung der Hilfe für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte (Abschnitt A, Nr. 7 der Anlage 1 zu § 48 EStDV) verwendet wird.

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

U O K G e. V.

IBAN

DE79 1007 0024 0734 2728 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

DEUTDE33

Betrag: Euro, Cent

Kunden-Referenznummer – Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Zahlers

S p e n d e

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 35 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

08

Art.-Nr.: 113.360
423.100

Schreibmaschine: normale Schreibweise!
Handschrift: Blockschrift in GROSSBUCHSTABEN und dabei Kästchen beachten!

Datum

Unterschrift(en)

Jahresgedenkveranstaltung 2016

der Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen am 30. April 2016

Gedenkveranstaltung in der Mensa der Hochschule Neubrandenburg, Brodaer Straße 2

7.30 Uhr:
Einlaß (Imbißversorgung ab 8.30 Uhr)

9.00 Uhr:
Eröffnung und Begrüßung,
Dr. Rita Lüdtkke

– Kulturprogramm: Aus dem Liederbuch der ehemaligen Häftlinge singt der Neubrandenburger Volkschor u.a. ausgewählte und bekannte Lieder

– Filmvorführung: Präsentation des neu erstellten Films „Kriegsgefangenenlager – Speziallager Fünfeichen“, mit Zusatzprogramm

– Vortrag: Dr. Jörg Morré, Direktor des Deutsch-Russischen Museums Berlin, berichtet über den neuesten wissen-

schaftlichen Stand bei der Erforschung der Speziallager

– Ehrungen und Hinweise

ca. 11.00–12.15 Uhr:
Mittagsversorgung

12.15–12.30 Uhr:
Abfahrt der Busse ab Hochschule nach Fünfeichen

Gedenkfeier in der Mahn- und Gedenkstätte Fünfeichen

ab 13.00 Uhr: Kranzniederlegung mit musikalischer Begleitung auf dem Gräberfeld der verstorbenen Kriegsgefangenen (Fläche zwischen Glockenturm und Denkmal)

Glockengeläut begleitet uns anschließend auf dem Weg zum südlichen Gräberfeld der verstorbenen Internierten des Speziallagers Nr. 9.

– Musikalische Eröffnung: Schüler der Musikschule Kon.centus Neubrandenburg

– Begrüßung: Dr. Rita Lüdtkke

– Gedenkansprache: Oberbürgermeister der Stadt Neubrandenburg, Silvio Witt

– Rezitationen: Schüler des Lessinggymnasiums

– Musikstück: Schüler der Musikschule Kon.centus

– Ökumenische Andacht: Kirchenrat Markus Wiechert, Evangelisch-Lutherische Nordkirche, Beauftragter für Landtag und Landesregierung MV, und Pater Engelbert Petsch, Katholische Kirche

– Kranzniederlegung mit musikalischer Begleitung

– Schlußwort

Um 15 Uhr findet eine Festveranstaltung mit einem Jubiläumskonzert des Heeresmusikkorps Neubrandenburg in der Konzertkirche Neubrandenburg aus Anlaß des 25. Jahrestages der Gründung der AG Fünfeichen für Gäste mit Einladungskarte statt.

Rita Lüdtkke

Archiv-Führungen zum Tag der offenen Tür

Öffentliche Führungen durch das Archiv der BStU, Außenstelle Dresden, Riesaer Straße 7, 01129 Dresden, finden jeden letzten Donnerstag im Monat zum Tag der offenen Tür, ab 14.30 Uhr, statt. Gruppenführungen sind nach Voranmeldung jederzeit möglich, Tel. (03 51) 25 08 34 11.

Anträge auf Akteneinsicht können zur Führung gestellt werden. Dazu wird ein Personaldokument benötigt.

Gedenkveranstaltung

für die Opfer
der Malchower
Werwolftragödie

Die Gedenkveranstaltung findet am Freitag, dem **1. Juli 2016**, 11.45 Uhr, in Malchow vor dem Gedenkstein in der Gartenstraße (vormals Villa Blanck) statt. Alle Opferverbände werden daran teilnehmen, und für die Gedenkrede ist Roland Jahn, der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, vorgesehen.

Musikalisch umrahmt wird die Veranstaltung durch ein Ensemble des Heeresmusikkorps der Bundeswehr Neubrandenburg.

Horst Vau

Veranstaltungen

23.4. (Sa), 18.00 – 24.00 Uhr:

8. Museumsnacht Halle-Leipzig unter dem Motto „Zauber“; 20.00 Uhr: Der Fall Otto Goman – „Zigeunerstrafsachen“ in Halle während des Zweiten Weltkriegs, Vortrag v. Michael Viebig; 22.00 Uhr: Das Haftschicksal des Medizinstudenten Horst Hennig – rehabilitiert 1992, Vortrag v. Dr. André Gursky; Veranstaltung d. Kulturamtes Leipzig u.a.; Ort: Gedenkstätte Roter Ochse in Halle, Am Kirchtor 20a, 06108 Halle/S.

23.4. (Sa), 18.00 – 24.00 Uhr:

8. Museumsnacht Halle-Leipzig; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig u.a.; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

23.4. (Sa), 18.00 – 24.00 Uhr:

8. Museumsnacht Halle-Leipzig; 19.00/21.30/22.30 Uhr: Führungen durch die Sonderausstellung „Der Zauber der Friedlichen Revolution“; 18.15 Uhr: „Vom Zauber des Verrats – Warum Menschen in der SED-Diktatur zu Spitzeln wurden“, Vortrag v. Prof. Dr. Helmut Müller-Enbergs, im Kinosaal; 19.00 Uhr: Stasi-Schulungsfilm „Der Revisor“, Filmvorführung im Kinosaal; 20.30 Uhr: „Der Operativ-Technische Sektor“ (OTS) – Die Zauberwerkstatt der Stasi?, Präsentation; 20.30 Uhr: „Ende des faulen Zaubers – Stasibesetzung in Leipzig“, Filmvorführung im Kinosaal

25.4. (Mo), 18.00 Uhr:

Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit im Land Sachsen-Anhalt – 25 Jahre nach der friedlichen Revolution, mit Roland Jahn, Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, u. Eva Feußner, MDL; Veranstaltung d. WK-Büros; Ort: Historischer Kursaal der Goethe-Theater Bad Lauchstädt GmbH, Parkstr. 18, 06246 Goethestadt Bad Lauchstädt

25.4. (Mo), 18.30 Uhr:

Vom Kommunisten zum Dissidenten. Annäherungen an Robert Havemann, Buchvorstellung u. Diskussion mit Thomas Klingbeil, Künstler u. Havemann-Freund, Dr. Bernd Florath, Herausgeber, BStU u. Denise Bölling, Schülerin des Robert-Havemann-Gymnasiums Berlin; Veranstaltung d. BStU u.a.; Ort: Arminushalle Berlin-Moabit, Elsässer Feinkost & Gourmetküche Rosa Lisbert, Arminiusstr. 2-4, 10551 Berlin

27.4. (Mi), 18.15 Uhr:

Das Untersuchungsorgan der Staatssicherheit 1950–1989. Wandlungen der politischen Strafverfolgung in der DDR – Vergleich, Ref. Dr. Roger Engelmann, BStU; Veranstaltung d. BStU; Ort: BStU, Besucherraum/Foyer, Haus 31, Erdgeschoß, Karl-Liebknecht-Str. 31/33, 10178 Berlin

Verborgene Wunden

(VT-st) Mehr als 25 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung kämpfen ehemalige politisch Verfolgte noch immer um einen angemessenen Umgang mit den Folgeschäden der SED-Diktatur. Mit den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen wurde der erste Schritt zur Aufarbeitung vollzogen. Dennoch üben zahlreiche Opferverbände Kritik an zu geringen Rentenzahlungen, Defiziten in den Anerkennungsverfahren von haft- und verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden und gesellschaftlichen Verharmlosungstendenzen und fordern Nachbesserungen.

Im vorliegenden Buch wird eine umfassende Einordnung der Spätfolgen politischer Traumatisierung in der ehemaligen DDR vorgenommen. Namhafte Expertinnen und Experten äußern sich zu Problemen in der aktuellen Begutachtungspraxis psychischer Traumafolgestörungen sowie zu Besonderheiten der Behandlung im Bereich psychoanalytischer Therapie, Verhaltenstherapie und alternativer Traumatherapiemethodik. Erstmals werden auch die Auswirkungen politischer Verfolgung auf die Familien und die Nachkommen der Opfer in den Fokus der Betrachtung gerückt.

Die verschiedenen Beiträge ergeben einen umfassenden Überblick über das Thema und den aktuellen Stand der Behandlungsmöglichkeiten. Zunächst werden der politisch-historische Hintergrund politischer Traumatisierung in der DDR und die Auswirkungen der Verfolgung, nicht nur auf die Betroffenen selbst, sondern auch auf deren Familienangehörige, analysiert. Es folgen die Darlegung zahlreicher Behandlungsmethoden und eine beeindruckende und aussagekräftige Sammlung von Fallbeispielen. Ein ganzes Kapitel ist den Auswirkungen politischer Verfolgung der SED-Diktatur auf die zweite Generation gewidmet. Auch die Traumatisierung von Opfern nicht-straftrechtlicher Repression wird erörtert, und nicht zuletzt geht es um

Probleme in der aktuellen Begutachtungspraxis psychischer Traumafolgestörungen.

Beiträge zu diesem Band haben geliefert Karl-Heinz Bomberg, Doris Dennis, Ruth Ebbinghaus, Alexandra Evers, Jörg Frommer, Bettina Kielhorn, Stefanie Knorr, Erika Kunz, Frank-Dietrich Müller, Freihart Regner, Carsten Spitzer und Stefan Trobisch-Lütge. Eine Zuordnung der Autoren zu den Titeln im Inhaltsverzeichnis würde die Orientierung für den Leser wahrscheinlich erleichtern.

Die meisten Beiträge sind auch für Laien gut verständlich geschrieben. So ist das Buch für alle am Thema Interessierten eine lohnende Lektüre.

Die Herausgeber:

Karl-Heinz Bomberg, Dr. med., ist Facharzt für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie, Anästhesie und Intensivmedizin. Er arbeitet als Psychoanalytiker in eigener Praxis, ist Dozent, Lehranalytiker, Supervisor und verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit der Arbeitsgemeinschaft für Psychoanalyse und Psychotherapie Berlin (APB), zudem ist er Liedermacher.

Stefan Trobisch-Lütge, Dr. phil., Dipl.-Psych., ist Psychologischer Psychotherapeut, Psychoanalytiker und Traumatherapeut (EMDR) in eigener Praxis und Lehrtherapeut am Institut für Psychologische Psychotherapie und Beratung Berlin. Er ist Mitbegründer und seit 1998 Leiter der Beratungsstelle Gegenwind für politisch Traumatisierte der SED-Diktatur in Berlin.



.....
 Stefan Trobisch-Lütge, Karl-Heinz Bomberg (Hg.): *Verborgene Wunden. Spätfolgen politischer Traumatisierung in der DDR und ihre transgenerationale Weitergabe*, Psychosozial-Verlag, Gießen 2015, 355 S., 34,90 €

Buchmesse Berolina

Seitensprünge durch Europa

Das Osteuropazentrum Berlin und der Anthea Verlag laden ein zu dieser Messe in Berlin vom 20. bis 22. Mai 2016.

Es werden deutsche Verlage aus dem gesamten Bundesgebiet und Verlage mit deutschsprachigen Programmen aus Österreich, der Schweiz, Polen, Tschechien, der Slowakei, Ungarn und Bulgarien vertreten sein, ergänzt durch interessante Lesungen auf drei Bühnen und Gespräche mit Autoren.

Veranstaltungsort: Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112, 10318 Berlin



Abgeschafft!

Nach dem Untergang eines Staates, sogar eines ganzen Systems, stellt sich irgendwann die Frage: Wie sag ich's meinem Kinde? In diesem Fall stellte sich dem Autor Uwe Gerig die Frage, wie er seinem Enkel – Jannis, 14 Jahre alt, geboren 2001 – diesen untergegangenen Staat einschließlich seiner „Abschaffung“ erklären könnte.



.....
 Uwe Gerig: *Abgeschafft! Plötzlich war der Osten WESTEN. Mein Enkel fragt: Warum?* Shaker Media, Aachen 2015, 117 S., 19,90 €

Gegenüber vielen anderen ehemaligen DDR-Bewohnern hat er dabei einen entscheidenden Vorteil: Er war Foto-Journalist, sowohl im Osten als später auch im Westen, und hat besonders den Alltag in der DDR in oft komischen, bitteren und manchmal gruseligen Bildern festgehalten. Mit kurzen, leicht verständlichen Texten ergänzt, ist daraus ein informativer und ästhetisch überzeugender Band entstanden, den völlig ahnungslose Heranwachsende ebenso gut lesen und betrachten können wie in Ost oder West sozialisierte Erwachsene.

Gerig beschreibt, häufig entlang seiner eigenen Biographie, vor allem die seltsamen Phänomene des DDR-Alltags, zu dem für ihn immer auch das politische System gehört. Er erklärt die Dominanz der Staatssicherheit, die Fluchtbewegungen in den Westen und die Toten

an der Mauer. Eine besondere Qualität dieses Buches besteht darin zu zeigen, daß Alltag und System eben nicht getrennt voneinander existierten, sondern sich vielmehr gegenseitig bedingten. Hier können auch Ältere noch lernen, daß selbst die vielbeschriebenen „Nischen“ in der DDR letztlich Teil des Systems und mehr Reaktion als Aktion waren.

Unter dem Titel „Die seltsamen Begriffe im Sozialismus“ werden am Ende des Bandes in einem kurzen Kapitel einige sonderbare Wortschöpfungen und ihr Sinn erläutert. Auch diese Auswahl, von „Durchstellen“ über „Bückware“ bis zu „Hausvertrauensmann“, belegt die allgegenwärtige Anwesenheit des Staates im Alltag.

Was das Buch nicht nur leicht verständlich, sondern trotz eines schwierigen Themas auch kurzweilig macht, ist Uwe Gerigs Humor in Wort und Bild. So entgeht dieses gelungene „Erklärungsbuch“ der Gefahr von Belehrung ebenso wie von Larmoyanz.

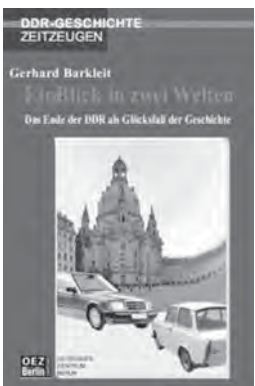
Der gut lesbare, in kurze Abschnitte eingeteilte Text ist eigentlich für einen 14-Jährigen geschrieben, aber auch aufgeweckte 12-Jährige sollten sich mit ein bißchen Hilfe durchaus bereits daran versuchen, zumal diese wunderbaren Bilder so viele kindliche Fragen provozieren dürften, daß es ein Projekt für die ganze Familie werden könnte.

Helene Krause

Abrechnung mit der DDR

(VT) Der vorliegende „EinBlick in zwei Welten“ ist die Rückschau eines Wissenschaftlers auf 40 Jahre SED-Diktatur und 25 Jahre deutsche Einheit. In mehreren Einzelveröffentlichungen analysierte der Physiker und Wissenschaftshistoriker bereits das Scheitern der Luftfahrtindustrie, die Probleme der Kernenergie und den immer größer werdenden Rückstand der Mikroelektronik in der DDR. Nach einer Biographie des Ausnahmewissenschaftlers Manfred Baron von Ardenne sowie einer Reminiszenz an seine Heimat

Ostpreußen legt Gerhard Barkleit nun seine Abrechnung mit der DDR vor. Im Wechsel von persönlich gehaltenen und sachbezogenen Kapiteln erscheint der „real existierende Sozialismus“ nicht als „die Hölle“, und das demokratisch verfaßte, wieder vereinte Deutschland wird keineswegs zum „Paradies“ erhoben. Eine familiäre Konstellation, in der christliches Bekenntnis des einen und eine hauptamtliche Tätigkeit im Ministerium für Staatssicherheit des anderen Jahrzehnte hindurch auszuhalten waren, stellt eine biographische Besonderheit dar, die nicht in das einfache Schema von gut und böse paßt.



.....
 Gerhard Barkleit: *EinBlick in zwei Welten. Das Ende der DDR als Glücksfall der Geschichte, in der Reihe „DDR-Geschichte Zeitzeugen“*, OEZ Berlin Verlag, Berlin 2016, 518 S., 24,90 €; Lesern des Stacheldrahts werden bei Bestellung ab Verlag bis zum 21. Oktober 2016, portofrei innerhalb Deutschlands, 20 Prozent Rabatt gewährt: OEZ Berlin Verlag, Hubertusstr. 14, 10365 Berlin, Tel. (030) 993 93 16

Veranstaltungen

28.4. (Do), 18.00 Uhr:
Die Oktoberrevolution – Auftakt zur Weltrevolution oder Wegbereiter des „Sozialismus in einem Land“? Vortrag v. Prof. em. Dr. Dietrich Beyrau (Eberhard-Karls-Universität Tübingen; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a. innerhalb der Vortragsreihe „Talking about a revolution!“; Ort: Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

3.5. (Di), 18.00 Uhr:
„Der Schmuggel über die Zeitgrenze: Erinnerungen“, Chaim Noll, Israel, stellt sein neues Buch vor; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

3.5. (Di), 18.00 Uhr:
Ost-Berlin, West-Berlin, Ganz-Berlin. Von der geteilten zur vereinten Stadt; Veranstaltung der Bundesstiftung Aufarbeitung u.a. innerhalb der Reihe „Deutschland 2.0. Die DDR im vereinigten Deutschland“; Ort: Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

4.5. (Mi), 18.00 Uhr:
Frauen in der Textilindustrie der DDR, Podiumsgespräch; Veranstaltung der Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Haus der brandenburgisch-preussischen Geschichte, Kutschstall, Am neuen Markt 9, 14467 Potsdam

4.5. (Mi), 19.00 Uhr:
Filmvorführung „Erich Mielke – Meister der Angst“, Dokudrama v. Jens Becker u. Maarten van Duin; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Gera; Ort: Außenstelle Gera, Haus 3, Hermann-Drechsler-Str. 1, 07548 Gera

11.5. (Mi), 18.00 Uhr:
Die Oktoberrevolution als Projektionsfläche von Verschwörungstheorien, Vortrag v. Prof. em. Dr. Wolfgang Benz, Zentrum f. Antisemitismusforschung, TU Berlin; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a. innerhalb der Vortragsreihe „Talking about a revolution!“; Ort: Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

11.5. (Mi), 18.00 Uhr:
Never Again! Vortrag u. Gespräch im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Transitional justice. Instrumente, Erfahrungen, Herausforderungen“ d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Veranstaltung d. Deutschen Instituts für Menschenrechte; Ort: Deutsches Institut für Menschenrechte, Zimmerstr. 26/27, 10969 Berlin



Deckname „Schuft“

11.5. (Mi), 18.00 Uhr:
Ausstellungseröffnung **„Verordnete Freundschaft. Die Sowjetische Besatzung 1945 bis 1994“**, das Projekt v. Freya Klier wird bis zum 18.6.2016 in der Gedenkstätte Bautzner Straße zu sehen sein; Ort: Gedenkstätte Bautzner Straße, Bautzner Straße 112a, 01099 Dresden

17.5. (Di), 18.00 Uhr:
„Putins verdeckter Krieg“, Autor Boris Reitschuster, Journalist u. Publizist, stellt sein im April 2016 erschienen Buch vor; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

18.5. (Mi), 19.00 Uhr:
Mein Weg nach Waldheim. Warum ich plötzlich mein Studium unterbrechen mußte, Gespräch mit Dr. Jörg Bernhard Bilke, Häftling in Waldheim 1962-1964; Veranstaltung d. Sächsischen Landeszentrale f. politische Bildung u.a.; Ort: Justizvollzugsanstalt Waldheim, Dresdener Str. 1a, 04736 Waldheim; ein gültiges Personaldokument ist mitzubringen, schriftliche Anmeldung mit Namen, Anschrift, Telefon, E-Mail und Unterschrift ist bis zum 12.5.2016 erforderlich! Anmeldung: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, Frau Marion Hill, Schützenhofstr. 36, 01129 Dresden, Fax (03 51) 853 18 77, E-Mail marion.hill@slpb.smk.sachsen.de

18.5. (Mi), 19.00 Uhr:
Die Anziehungskraft kommunistischer Ideologien auf die Studentenbewegung im Westen, mit Peter Schneider, Schriftsteller, Sarah Haffner, Malerin u. Autorin, Sven Felix Kellerhoff, Journalist u. Autor, Dr. Jochen Staadt, Politikwissenschaftler, Mod. Harald Asel, RBB-Info-radio; Veranstaltung d. LStU Berlin u.a.; Ort: Rathaus Charlottenburg, Festsaal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin-Charlottenburg

Ausstellung

Gino Kuhn und Katrin Büchel

Die Werke der beiden Künstler entspringen ihren Hafterfahrungen – Gino Kuhn als West-Berliner Fluchthelfer verurteilt zu sechs Jahren, Katrin Büchel als Inassin des Geschlossenen Jugendwerkhofs Torgau.

Die Schau ist zu sehen bis zum 13. Mai 2016 im Europasaal der Deutschen Gesellschaft e.V., Voßstr. 22, 10117 Berlin, geöffnet Mo–Fr 10.00–13.00 Uhr und 14.00–17.00 Uhr.

(VT) Martin Brama (geboren 1943) erlebte seine Kindheit im Ostteil Berlins und war in den 1960er Jahren Theologiestudent.

Er wurde als 25-Jähriger von der Staatsicherheit aufgrund einer Flugblattaktion und einer sieben Jahre zurückliegenden Korrespondenz mit einem weißrussischen Jugendlichen wegen „staatsfeindlicher Hetze und Propaganda“ gegen die DDR sowie „subversiver Diversion“ zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. Er wurde nach 16 Monaten von der Bundesrepublik Deutschland freigekauft, blieb aber trotzdem in der DDR. Sein christlicher Glaube und liebende Beistand seiner Familie bewahrten ihn – so der Autor – vor psychischen Folgeschäden.

Brama wurde später als leitender Mitarbeiter in der Behindertenarbeit von der Staatsicherheit intensiv umworben. Die dafür von der Stasi bewilligten Westreisen – obwohl von allen anderen staatlichen Stellen stets verweigert – nahm er an, sträubte sich aber freundlich und vehement immer wieder gegen Anwerbungsversuche.

Diese gefährliche Gratwanderung, seine Erlebnisse als politischer Häftling im Zuchthaus Cottbus sowie seinen alltäglichen mutigen Kampf gegen die SED-Diktatur schildert er in seiner Autobiographie.



.....
Martin Brama: Mein Deckname war „Schuft“. Zuchthaus und Stasi-Anwerbung überstanden im christlichen Glauben, in der Reihe „DDR-Geschichte Zeitzeugen“, OEZ Berlin Verlag, Berlin 2016, 400 S., 16,90 €; Lesern des Stacheldrahts werden bei Bestellung ab Verlag bis zum 21. Oktober 2016, portofrei innerhalb Deutschlands, 20 Prozent Rabatt gewährt: OEZ Berlin Verlag, Hubertusstr. 14, 10365 Berlin, Tel. (030) 993 93 16
.....

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Mai Geburtstag haben

Fritz Schubert am 2. Mai, Reinhard Nedlitz am 4. Mai, Gisela Fritzsche am 6. Mai, Emil Kort am 10. Mai, Joachim Fischer am 12. Mai, Käthe Zemke am 14. Mai, Heinz Borkenhagen am 16. Mai, Bernd Guter-muth, Wolfgang Stieber, Leo Zwirschke am 22. Mai, Peter Schnurer am 26. Mai, Siegfried Jahnke, Günter Polster am 27. Mai, Manfred Dominka, Christa Matuszewsky am 28. Mai, Ursula Palmer am 30. Mai, Harald Kothe am 31. Mai

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Da lacht der Klassenfeind

„Aufgrund einer unsauberen Einstellung zur Frau ist beim Gen. D. in der letzten Zeit ein Vergehen auf diesem Gebiet zu vermerken, daß sich negativ auf seine politische Arbeit auswirkt.“

(II/821/53)

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Benjamin Baumgart, Jurist
Mo–Fr, 10.30–12.30 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail baumgart@uokg.de

Martha Wedra, Juristin
Mo–Fr, 8.30–10.30 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail wedra@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),
Mo–Fr, 14–16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Tel. (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
Di 11–18 Uhr, Mi u. Do 11–16 Uhr
Marleen Puchert

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Gerd Ahnert, Helmuth Beuermann-Winkelbach, Ludwig Börner, Günter u. Christa Breschke, Klaus Buchin, Gerold von Busse, Dr. Wolf Erler, Klaus Fischer, Anita Goßler, Dr. Bettina Greiner, Kurt Große, Gisela Großmann, Horst Gutmann, Hermine Hecker, Konstanze Helber, Manfred Hofmann, Eva Irmsch, Dietrich Jacobs, Dr. Eberhard Kempf, Grete Klemt, Detlef Krastel, Kurt Kugler, Fritz Leßmüller, Heinz Martini, Peter Menzel, Rainer Opitz, Ulrich Opperskalski, Eike Christine Radewahn, Uwe Reinhardt, Hans Rocke, Hans-Jürgen Sach, Bernd Dieter Salamon, Johannes Schlese, Kurt F. Scholz, Sylvia Schreiber, Ulrike Schultz, Barbara Simon, Manfred Smala, Wilfried Spoddig, Herbert Stephan, Edeltraut Stichel, Klaus-Joachim Surma, Horst-Hermann Süßmilch, Werner Thiele, Franz Töpfer, Fred Wietzoreck, Vera Wilhelm

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DE DB110
Verwendungszweck:
„Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Tradition ist Bewahrung des Feuers
und nicht Anbetung der Asche.

Gustav Mahler

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia
Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr
BSV-Förderverein für Beratungen
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Nr. 665 52 45 00
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC DEUT DE DB110

Union der Opferverbände Kommunischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)


Vorstandsbeauftragter:
Dr. Christian Fuchs
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC DEUTDE33HAN

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
PVSt., Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt
13017#000#0412

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG  Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro
Auflagenhöhe 10 000

Bezug über die Redaktion
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor. Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 31. März 2016

